

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Zu den Ergebnissen der zweiten Tagung der UNO-Generalversammlung	1
I. KONSTANTINOWSKI — Die Länder der Volksdemokratie — eine neue Bresche im System des Imperialismus	3
G. SOLUS — Wessen Pläne in Westdeutschland verwirklicht werden	10
P. WISCHNJAKOW — Zu den Ereignissen in Frankreich	13
Internationale Umschau (Notizen)	16
W. SNESHKO — In Brasilien (Reisenotizen)	18
Major N. LAZINNIK — In Söul	23
Kritik und Bibliographie:	
W. AWARIN — Die vier Familien der chinesischen Plutokratie	27
Chronik der internationalen Ereignisse	31

49

3. Dezember 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Zu den Ergebnissen der zweiten Tagung der UNO-Generalversammlung

DIE Generalversammlung der UNO hielt ihre zweite Tagung in einer sehr komplizierten internationalen Situation ab.

Die Vorkämpfer der imperialistischen Expansion waren zu einer offenen und ungenierten Durchführung der Politik der Gewalt, der Politik der Weltherrschaft übergegangen. Die Imperialisten, die das Haupthindernis auf dem Wege zur Erreichung ihrer Ziele in der Sowjetunion und in den Ländern der neuen Demokratie sehen, führen gegen sie den Hauptschlag. Hierbei untergraben sie immer mehr die normalen Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit, die der Tätigkeit der UNO zugrunde gelegt worden sind.

Die USA und England beschränkten den Weg der Ausnutzung dieser Organisation für ihre eigennützigen Zwecke. Das trat mit großer Klarheit in den Verhandlungen der zweiten Tagung hervor. Diesmal machten die USA den Versuch, das Problem der Verwandlung der UNO in ihr Werkzeug in kapitaler Weise zu lösen. Ihre „diplomatische Initiative“ bestand diesmal in einem entschlossenen Angriff auf die Satzung. Sie zeigten das klare Bestreben, sich von dem ihnen hinderlichen Sicherheitsrat mit der in diesem geltenden Regel der Einstimmigkeit der Großmächte frei zu machen.

Die auf die Untergrabung der internationalen Zusammenarbeit gerichteten Attacken des USA-Imperialismus haben zweifellos die Tätigkeit der Generalversammlung erschwert und kompliziert, aber der Plan der Wall-Street-Machthaber hat offensichtlich Fiasko gemacht. Dank den Bemühungen der Sowjetdelegation wurden die Manöver der USA-Diplomatie entlarvt. Die sowjetischen Vorschläge waren in allen Fällen darauf gerichtet, die Tätigkeit der UNO auf die Erfüllung ihrer grundlegenden Aufgaben und Funktionen auszurichten, nämlich die Verteidigung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Der Führer der Sowjetdelegation, A. J. Wysschinski, brachte im Namen der Sowjetregierung eine Resolution ein, wonach die Propagandisten und Brandstifter eines Krieges strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden sollten. Dies war

die logische Fortsetzung der Anträge auf allgemeine Einschränkung der Rüstungen, die W. M. Molotow auf der vorigen Tagung der Generalversammlung einbrachte.

Der Vorschlag der Sowjetregierung, worin klipp und klar die Frage gestellt wurde, wer für den Frieden und für internationale Zusammenarbeit und wer gegen den Frieden ist, wurde zum zentralen Punkt der gesamten Tätigkeit der zweiten Tagung der Generalversammlung.

Die Schutzherrn der Kriegsbrandstifter gaben sich alle erdenkliche Mühe, um den sowjetischen Vorschlag zu hintertreiben oder zu verschweigen. Sie verteidigten die verbrecherische Kriegspropaganda durch heuchlerische Berufungen auf die „Freiheit des Worts“ und auf die Prinzipien der Demokratie. Ihre Kniffe schlugen jedoch fehl. Sie vermochten nur eine gewisse Verschlechterung der Resolution gegenüber dem sowjetischen Entwurf durchzusetzen. Nichtsdestoweniger repräsentiert die einmütige Annahme der Resolution, die die Kriegspropaganda verurteilt, trotz ihrer Halbheit und ungenügenden Konkretheit einen ernst zu nehmenden, positiven Beitrag der Generalversammlung für die Sache des Friedens.

Indem die Sowjetdelegation die Frage des Kampfes für den Frieden auf einen konkreten Boden stellte, nahm sie die Initiative in ihre Hände. Die auf Verlangen der USA-Delegation in die Tagesordnung aufgenommenen Anträge traten in den Hintergrund.

Viele der der Generalversammlung von der USA-Delegation unterbreiteten Fragen standen entweder in Widerspruch zur UNO-Satzung oder verletzten wichtige internationale Verträge. Zu diesen gehören u. a. die griechische und die koreanische Frage sowie die Frage der Revision des Friedensvertrages mit Italien.

Die Hauptkarte im Spiel der imperialistischen Kräfte, die die UNO zum Einsturz bringen sollte, blieb jedoch die Attacke auf die Einmütigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat oder das sogenannte „Vetorecht“. Gerade in dieser Frage wurde auf der Tagung der Generalversammlung der

hartnäckigste Kampf zwischen den Anhängern der internationalen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und den Feinden einer solchen Zusammenarbeit geführt.

Auf der Tagesordnung standen vier Punkte, die direkt oder indirekt mit dem Prinzip der Einmütigkeit zusammenhingen. Die ersten drei Punkte waren allzu offen gegen dieses Prinzip gerichtet und boten deshalb wenig Chancen, von der Mehrheit der Versammlung unterstützt zu werden. Deshalb wurde in dem vierten Punkt, der auf Initiative der USA-Delegation auf die Tagesordnung gesetzt wurde und die Schaffung eines sogenannten „Intersessionellen Ausschusses“ bzw. einer „Kleinen Versammlung“ vorsah, der Versuch gemacht, das Prinzip der Einmütigkeit der Großmächte auf einem Umweg zum Scheitern zu bringen. Dieser Ausschuß ist als ein Sicherheitsratsersatz, als ein Organ gedacht, das ein gefügiges Werkzeug in den Händen der USA bilden könnte. Man darf die verderbliche Bedeutung dieses Antrages nicht unterschätzen. Er berührt die Interessen der gesamten UNO, er berührt die ganze Frage ihrer Existenz.

Die Sowjetdelegation und die Vertreter einiger anderer demokratischer Staaten traten entschieden gegen die Versuche auf, die Versammlung auf einen Weg zu drängen, der zum Zusammenbruch der internationalen Sicherheitsorganisation führt. Sie sprachen sich gegen die Einsetzung eines „Intersessionellen Ausschusses“ aus. Als dann die USA, die die Stimmen ihrer Satelliten mobilisiert hatten, ihren Antrag durchdrückten, lehnten die Sowjetunion und fünf slawische Staaten es ab, an diesem Ausschuß mitzuarbeiten.

Nachdem die USA die Schaffung eines „Inter-sessionellen Ausschusses“ formell durchgesetzt hatten, brachten sie mit Hilfe ebenso grober Druckmethoden den Antrag durch, die Frage der Anwendung des Einmütigkeitsprinzips im Sicherheitsrat diesem Ausschuß zur Erörterung zu unterbreiten. Die Beschlüsse des Ausschusses können jedoch keine praktische Bedeutung haben. Welche Kraft hat der Ausschuß und wie groß ist seine Autorität, wenn 6 Länder mit der Sowjetunion an der Spitze in ihm nicht vertreten sind!

Andererseits ist es unzweifelhaft, daß die von den USA erzwungenen Beschlüsse dieser Art dem Ansehen der UNO ernsten Schaden zufügen. Die Leiter der USA-Politik greifen immer häufiger zu Methoden des Diktats und suchen anderen Staaten in grober Weise ihren Willen aufzuzwingen. Schreiereien über „Mehrheit“ und „Minderheit“ in den Organen der UNO sind nichts anderes als ein auf Einfaltspinsel berechneter demagogischer

Trick. In Wirklichkeit besteht dort keinerlei „Mehrheit“. Dort steht eine imperialistische Macht, der aus diesen oder jenen Gründen, wie mechanisch abstimmende Roboter, ihre Satelliten folgen.

Ebenso heuchlerisch sind auch die Berufungen auf angebliche Anhänglichkeit an die Prinzipien der Demokratie und auf angebliche Achtung für die Rechte der Völker, mit denen die Initiatoren der auf die Untergrabung der internationalen Zusammenarbeit ausgerichteten Anträge ihre wahren Ziele verhüllen. Es ist ja kein Zufall, daß gerade sie in der Rolle von Verteidigern der vom Standpunkt der modernen Zivilisation so schamlosen Geschäfte auftraten, wie der Menschenhandel in den Kolonien, daß sie die Rassenbenachteiligung in Südafrika verteidigten und zugunsten des faschistischen Francoregimes in die Bresche sprangen.

Die Handlanger des USA-Imperialismus haben auf ihrer Aktivseite die unstatthaften Beschlüsse verbucht, die sie in der griechischen und in der koreanischen Frage durchzudrücken vermochten. In Wirklichkeit aber sind das Passivposten der USA-Delegation. In den Diskussionen, die die Versammlung über diese Fragen pflog, wurde das Wesen der aggressiven Politik, die hinter diesen Beschlüssen steht, restlos entlarvt.

Die USA und England setzten sich dafür ein, daß die UNO mit ihrem Ansehen die Gesetzlosigkeit decke, die von ihnen gegenüber dem griechischen Volk verübt wird. Die von der Versammlung eingesetzte Kommission wird dieses Ziel nicht erreichen. Da weder die Sowjetunion noch die anderen slawischen Staaten sich bereit erklärt haben, an der Kommission mitzuarbeiten, wird ihr keine größere Bedeutung zukommen als irgendeinem anderen englischen oder amerikanischen Organ in Griechenland, das sich dort befindet, um das blutige monarchistisch-faschistische Regime aufrechtzuerhalten.

Das gleiche läßt sich auch über die Koreakommission sagen. Die Vertreter der Sowjetunion und einiger anderer Länder, die die demokratischen Rechte des koreanischen Volkes energisch verteidigen, haben den Sinn der USA-Absicht völlig entlarvt: durch die Schaffung dieser Kommission soll die Besetzung des Landes für unbestimmte Zeit verlängert und die rascheste Schaffung eines unabhängigen demokratischen Staates Korea verhindert werden.

Gemeinsam mit der Sowjetdelegation verteidigten die hohen Prinzipien der UNO-Satzung und die Idee ehrlicher internationaler Zusammenarbeit auch die Vertreter der Länder der neuen Demokratie und einiger anderer Staaten,

die aus eigener bitterer Erfahrung erkannt haben, was die Herrschaft des fremdländischen Imperialismus bedeutet.

Das Resultat dieser Bemühungen war, daß nicht nur die direkten Attacken auf die UNO-Satzung abgeschlagen wurden, sondern daß es auch zur Annahme einer Reihe wichtiger Beschlüsse kam, gegen die der englisch-amerikanische Block erfolglos anzugehen versucht hatte. Zu diesen Beschlüssen gehören vor allem die schon erwähnte Resolution, die die Propaganda der Kriegsbrandstifter verurteilt, ferner die Resolutionen über die Auslieferung von Kriegsverbrechern und Veräthern an die Staaten, auf deren Gebiet sie ihre Verbrechen verübt haben; über die Ausarbeitung von Maßnahmen gegen die Verbreitung verleumderischer Nachrichten, die darauf gerichtet sind, den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten zu schaden; über die rascheste Rückführung der versetzten Personen und Flüchtlinge in ihre Heimat; über Fragen der Vormundschaft und einige andere.

Die zweite Tagung der Generalversammlung hat gezeigt, daß die Imperialisten, die die Politik der USA und Englands lenken, ihre Länder immer nachdrücklicher auf den Weg völliger Ablehnung internationaler Zusammenarbeit, auf den Weg der Politik grober Gewalt, der Vergewaltigung des Willens anderer Länder drängen. Diese imperialistischen Kräfte sind bestrebt, die internationale

Sicherheitsorganisation in ein Theater von Marionetten zu verwandeln, die von den Magnaten der Wall Street und der City durch unsichtbare Fäden gelenkt werden. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die Politik der Abkehr von koordinierten Handlungen die Lösung der Nachkriegsprobleme um keinen Schritt vorwärts bringt. Diejenigen aber, die auch weiter eine solche Politik treiben, obgleich ihre Fruchtlosigkeit und ihr Bankrott auf der Hand liegen, entlarven sich nur selbst als Gegner des Friedens.

Die Ausführungen der Sowjetdelegierten auf der Tagung der Generalversammlung haben vielen die Augen für diese Wahrheit geöffnet. Die Menschheit vermochte sich an Hand der Diskussionen durch den Augenschein davon zu überzeugen, wo die wahren Freunde des Friedens und wo seine Feinde sitzen. Die wirklichen Ziele der Welt herrschaftsprätendenten und ihrer verschiedenstämmigen Handlanger wurden restlos entlarvt. Die Kriegsbrandstifter sind mit ihrer verbrecherischen Propaganda ans Licht der Öffentlichkeit gezogen worden, ihre finsternen Absichten und hinterlistigen Pläne sind aufgedeckt. Darin liegt die Hauptbedeutung der zweiten Tagung der Generalversammlung vom Standpunkt des Kampfes für die Sache des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das bedeutet einen großen moralisch-politischen Sieg der sowjetischen Friedenspolitik.

Die Länder der Volksdemokratie — eine neue Bresche im System des Imperialismus

I. KONSTANTINOWSKI

ZWEIMAL während einer einzigen Generation haben die Imperialisten versucht, durch einen Weltkrieg einen Ausweg aus ihren Widersprüchen zu finden. Beide Male aber hat der Krieg dem kapitalistischen Weltsystem ernsten Abbruch getan.

Das Ergebnis des ersten Weltkrieges bestand darin, daß die Völker Rußlands das System des Imperialismus durchbrachen und den Sowjetstaat schufen. Das Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Zerschlagung des Faschismus bestand darin, daß eine Anzahl von Ländern Mittel- und Südosteuropas aus der imperialistischen Kette herausgefallen sind.

In diesen Ländern hat sich eine neue Demokratie durchgesetzt — eine Volksmacht, unter der die Positionen des Kapitalismus auf verschiedene Weise liquidiert und Bedingungen geschaffen werden für den Übergang zum sozialistischen Entwicklungsweg. Wir stehen somit vor einer Tatsache, die von einer neuen bedeutenden Schwächung des Weltsystems des Kapitalismus, von einer neuen Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis zeugt. Wir unternehmen es, die Bedeutung dieser historischen Erscheinung zu untersuchen.

I

Vor allem ist es notwendig, die Quellen und Besonderheiten der Entstehung der neuen Staatssysteme der Volksdemokratie in Erinnerung zu rufen.

Die neuen Demokratien entsapden im Feuer der vom Volke geführten antifaschistischen Befreiungsbewegung während des zweiten Weltkrieges. Der Kampf gegen den blutigen Faschismus trug in einer Anzahl von Ländern Ost- und Südosteuropas einen besonderen Charakter, der hauptsächlich durch drei Umstände bedingt war.

Erstens hatten sich im Laufe dieses Kampfes die breitesten Volksmassen davon überzeugt, daß ihre Feinde nicht nur die deutschen Faschisten sind, sondern auch das heimische regierende Lager — die einflußreichen Großkapitalisten, Gutsbesitzer, höheren Beamten; reaktionären Offiziere. Für oder gegen die Bekämpfung der Hitlerfaschisten — das war die Linie, an der sich die Differenzierung innerhalb aller europäischen Länder abspielte, die in diesem oder jenem Maße von Hitlerdeutschland geknechtet worden waren. Die erdrückende Mehrheit der reaktionären Politiker, einschließlich derjenigen, die eine abwartende Haltung einnahmen, stand auf der Seite des Feindes. Da die sozialen und politischen Systeme der Vorkriegszeit in einer Reihe von Ländern Ost- und Südosteuropas eine Sammelstätte waren für die schlimmsten Eigenschaften des Kapitalismus, so trug auch der Verrat der herrschenden Klassen dieser Länder einen besonders zynischen Charakter.

So mußten z. B. die Völker Jugoslawiens ihre nationale Freiheit und ihr Lebensrecht nicht nur im Kampf gegen die deutschen Eindringlinge und ihre direkten Helfershelfer vom Schlage eines Nedić, Pavelić und anderer Kollaborationisten behaupten, sondern auch gegen die Emigrantenclique König Peters und seiner Kreatur — Mihajlović. Die polnischen Patrioten mußten ihre Freiheit im Kampf nicht nur gegen den hitlerfaschistischen Henker Frank, sondern auch gegen den General Bór-Komorowski und die in London verschanzte Sanationsclique erringen. In Rumänien stützte Hitler sich nicht nur auf den dortigen „Führer“ Antonescu, sondern auch auf die Führer der vermeintlichen „Opposition“, Bratianu und Maniu, die die „historischen“ Parteien der rumänischen Bourgeoisie, die Liberalen und die Zaranisten, anführten. Faktisch waren sie nicht weniger als die hundertprozentigen rumänischen Faschisten schuld daran, daß Rumänien zu einem Satelliten Deutschlands gemacht wurde. Auf diese Weise führte der Zusammenbruch des Hitler-

faschismus unvermeidlich auch zum Zusammenbruch der einflußreichsten Gruppen der Großbourgeoisie und der Gutsbesitzer, ihrer politischen Rädelsführer und Vertreter, zu einem Zusammenbruch der Kräfte des Monopolkapitals in diesen Ländern.

Zweitens hatte es sich im nationalen Befreiungskampf als notwendig erwiesen, die breitesten Volksmassen zusammenzuschließen. Das einheitliche antifaschistische Lager wurde geführt von dem energischsten und konsequentesten demokratischen Machtfaktor, der Arbeiterklasse. In allen Stadien des Kampfes gegen die Hitlerokkupation und den Faschismus kämpften die Arbeiterklasse und ihre Vorhut — die kommunistischen Parteien — in den ersten Reihen und brachten die größten Opfer. So war es nicht nur in Jugoslawien, wo die antifaschistische Bewegung das größte Ausmaß annahm. Selbst in einem Land wie Rumänien, wo die antifaschistische Bewegung unvergleichlich weniger Kraft hatte, war der Initiator beim Zusammenschluß aller progressiven Kräfte, der einflußreichste und kampfgeimmteste antifaschistische Machtfaktor die Kommunistische Partei. Auf diese Weise war der Sieg über den Faschismus und der Bankrott der Clique der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer sowie des alten Staatsapparats, der mit dem Feind zusammen gearbeitet hatte, begleitet von dem Auftreten neuer politischer Kräfte, vor allem der kommunistischen Parteien, die zu den einflußreichsten Parteien ihrer Länder wurden.

Drittens hatten die Völker Ost- und Südosteuropas zum erstenmal in ihrer Geschichte die Möglichkeit erhalten, ihren wirklichen Willen durchzusetzen, weil die Sowjetunion da war und eine konsequent demokratische Politik trieb. Die entscheidende Rolle, die die Sowjetarmee bei der Zerschlagung des Faschismus spielte, und die machtvolle Unterstützung, die die Sowjetunion den demokratischen Kräften des befreiten Europas in der Nachkriegszeit zuteil werden ließ, erlaubten es den Völkern einer Anzahl von Ländern, sich frei für einen neuen Entwicklungsweg zu entscheiden, ohne ausländische Einmischung fürchten zu müssen. In den Ländern, die die Sowjetarmee vom Faschismus befreit hatte, vermochten die geschwächten Kräfte des Kapitalismus nicht zur Hilfe von außen zu greifen, um ihre Positionen wiederherzustellen. Die nach dem zweiten Weltkrieg in Südosteuropa unternommene imperialistische Intervention konnte über die griechischen Grenzen nicht hinausdringen.

Das war ein entscheidender Faktor, der die Entstehung und den Sieg der neuen Demokratien möglich machte.

II

Worin besteht der spezifische Charakter der neuen Demokratie? Was hat sie Neues in das politische Leben Europas nach dem Kriege hineingetragen?

Die konkreten Züge der Staatssysteme der neuen Demokratie sind nicht ein und dieselben, da sie von den besonderen Entwicklungsbedingungen jedes einzelnen Landes abhängen. Jugoslawien, Bulgarien, Polen, die Tschechoslowakei und Albanien marschieren jedes seinen eigenen Weg und in seinem eigenen Tempo. Um so verschiedener waren die Bedingungen und Wege Rumäniens und Ungarns, aber auch Finnlands. Auch diese Länder haben festen Schrittes den Weg der demokratischen Entwicklung eingeschlagen, aber es steht ihnen noch viel zu tun bevor, wenn sie die Spuren der Vergangenheiten vernichten wollen. Nichtsdestoweniger zeichnet sich der Kampf zwischen dem Neuen und dem Alten in allen genannten Ländern durch einige gemeinsame Züge aus. Wir verweisen auf die drei wichtigsten Besonderheiten der Länder der Volksdemokratie, die ihre progressive Bedeutung in der Nachkriegswelt bedingen.

Die Hauptfrage aller sozialen und politischen Umbildungen ist die Frage der Macht. In den Ländern der Volksdemokratie ist die Macht aus den Händen der Ausbeuterklassen — der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie — in die Hände der Völker übergegangen. Die politische Grundlage der Macht in diesen Ländern beruht auf dem Bündnis der breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung, mit der Arbeiterklasse an der Spitze. Das ist die Basis der an der Regierung befindlichen Volksfronten oder Blocks der demokratischen Parteien, die in den verschiedenen Ländern verschiedene Namen tragen. In den Tagen des Krieges erwiesen sich diese Blocks als die beste Form der Kampfgemeinschaft aller wahrhaft nationalen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus. In den Tagen des Friedens wurden sie zur politischen Grundlage der neuen Staaten, zur besten Form der Einheit der breitesten Massen, zusammengeschlossen auf einer Plattform, die wirklich die Interessen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die führende Rolle in diesen Blocks gehört den kommunistischen Parteien, was ihrem gestiegenen Ansehen in den Volksmassen entspricht.

In jedem der Länder der neuen Demokratie besitzt die Volksfront ihre eigene, originelle Form. In Jugoslawien handelt es sich nicht um ein Bündnis von Parteien, sondern um eine einheitliche Massenorganisation, die die Vorkämpfer der Demokratie ohne Unterschied ihrer Zugehör-

rigkeit zu einer Nationalität, Religion oder Partei vereinigt. Die Vaterländische Front Bulgariens ist eine Koalition der demokratischen Parteien und Organisationen. Die Ortsausschüsse der Vaterländischen Front sind nicht nur eine Vereinigung der Parteimitglieder, sondern in ihnen haben sich auch die Vertreter auf das Volk orientierter Massenorganisationen (Genossenschaften, Gewerkschaften, Bauernbünde, Kulturvereinigungen und anderer Organisationen) mit beratender Stimme zusammengefunden. Die bulgarische Vaterländische Front ist also eine ganz neue, originelle politische Formation, die die Beteiligung des Volkes an der Regierung und Verwaltung sichert. In anderen Ländern — Polen, Rumänien, Ungarn — haben wir es mit einer breiten Koalition der demokratischen Parteien zu tun.

Trotz der Unterschiede in den Organisationsformen und des verschiedenen Grades der Konsolidierung der neuen Staatssysteme haben sie alle das soziale, wirtschaftliche und politische Leben der Länder der neuen Demokratie in grundlegender Weise geändert. Was für ein gewaltiger historischer Fortschritt ist hier in kurzer Frist erzielt worden! Man hat Schluß gemacht mit der Gewalt der Dynastie Karageorgievic in Jugoslawien, des Hauses Coburg in Bulgarien, der Habsburger in Ungarn. Diese Staatssysteme hatten eine verschiedene Geschichte, aber sie waren überall Quellen der Knechtung und der Kriege. Es sind radikale Bodenreformen verwirklicht worden, für die die Bauernschaft Südosteuropas seit den Zeiten der Aufstände Dózsas und Horia's jahrhundertlang vergeblich gekämpft hatte, und die die bürgerliche Demokratie dieser Länder nicht zu verwirklichen vermocht hatte. Liquidiert sind die Überreste des Feudalismus und die Klasse der Gutsbesitzer — eine der Hauptursachen für die Rückständigkeit der meisten osteuropäischen Staaten. Die Völker, die im Grunde auch die elementarsten Freiheiten niemals gekannt haben — schon 1923 liquidierte Zankoff die bürgerliche Demokratie in Bulgarien, 1929 setzte der König in Jugoslawien seine Diktatur durch usw. —, erhielten demokratische Staatssysteme, die, im Gegensatz zu der berüchtigten „westlichen Demokratie“, wirklich die Interessen der breitesten Volksmassen vertreten. Im Westen wird in unseren Tagen durch hinter den Kulissen betriebene parlamentarische Machinationen der Wille der Wähler zunichte gemacht, werden die größten und einflußreichsten politischen Parteien von der Teilnahme an der Regierung ausgeschaltet, weil sie die Interessen des Volkes verteidigen und nicht den Imperialisten dienen wollen. Ganz anders ist die Lage in den Ländern der neuen Demokratie

So z. B. erhielt in Bulgarien die Arbeiterpartei (Kommunisten) bei den allgemeinen Wahlen 2 265 000 Stimmen, die Sozialdemokratische Partei 78 000 und der Verband „Sweno“ 71 000 Stimmen. Trotzdem haben auch diese demokratischen Gruppen ihre Vertreter in der bulgarischen Regierung.

In den Ländern der neuen Demokratie ermöglichte es der Übergang der Macht in die Hände des Volkes, die Großindustrie und die Banken zu nationalisieren und neue Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft herzustellen, die es gestatten, eine technische Reorganisation der Landwirtschaft einzuleiten. Zum erstenmal in ihrer Geschichte erhielten diese Länder die reale Möglichkeit, die altüberlieferte Armut und Rückständigkeit des Dorfes zu liquidieren, mit der Arbeitslosigkeit Schluß zu machen und eine Politik der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Volksmassen durchzuführen.

Alles das zusammen genommen bedeutet, daß in den Ländern der Volksdemokratie ein neuer Typus des Staates geschaffen ist, worin die Positionen des Kapitalismus erschüttert sind, die Grundlagen gelegt werden für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Weg zum Sozialismus eröffnet wird.

Die praktischen Resultate dieser historischen Umbildungen sind mit Händen zu greifen. Die Staatssysteme der neuen Demokratie haben die schöpferischen Kräfte der Volksmassen freigesetzt und dafür gesorgt, daß der Nachkriegswiederaufbau in raschem Tempo vonstatten geht. Das Wirtschaftsleben dieser Länder geht immer mehr auf die Geleise planmäßiger Entwicklung über, und die Erfahrung zeigt, daß die Pläne trotz großer Schwierigkeiten im ganzen erfüllt werden. In der Tschechoslowakei hat die Industrie in den ersten sieben Monaten ihrer planmäßigen Tätigkeit den Plan insgesamt zu 100 Prozent erfüllt. In Jugoslawien hat die Industrie im ersten Halbjahr 1947 den Plan im ganzen zu 103 Prozent erfüllt und eine Produktionssteigerung gegenüber dem ersten Halbjahr 1946 um 49 Prozent gesichert. In allen Ländern der neuen Demokratie ist die Produktivität der Arbeit bedeutend gestiegen — ein Resultat der neuen Einstellung der Arbeiter zur Produktion. So wurden z. B. in der Tschechoslowakei im November 1946 in einer Arbeitsstunde Erzeugnisse im Werte von 50,62 Kronen hergestellt, während die Stundenfertigung im Juni 1947 bereits auf 102,80 Kronen gestiegen war. Die Arbeitsproduktivität hat sich also in weniger als einem Jahr verdoppelt.

Die reichsten Länder Westeuropas, die über gewaltige Hilfsquellen, eine entwickelte Industrie,

zahlreiche hochgeschulte Arbeitskräfte verfügen, die große Kolonialbesitzungen ihr eigen nennen und USA-Kredite erhalten, können ihre Wirtschaft nicht wiederaufbauen und verstricken sich immer mehr in den Fesseln der Dollarknechtschaft. Die Länder der neuen Demokratie haben sie im Wiederaufbau bei weitem überholt. Diese Tatsachen sind so augenscheinlich, daß alle auch nur einigermaßen objektiven ausländischen Beobachter sie anerkennen. So erklärt der amerikanische Korrespondent Joseph Harsh, er sei in den Ländern Osteuropas verblüfft gewesen über die Intensität der Wiederaufbauarbeit. Ähnlich gestand Ernest O. Hauser, der Korrespondent der USA-Zeitschrift „Saturday Evening Post“, ein:

„Hinter dem eisernen Vorhang — der imaginären Linie, die die von Rußland beherrschten Länder vom übrigen Kontinent trennt — habe ich eine überraschende Stabilität gefunden. Davor, in ganz Westeuropa, habe ich nichts als Unruhe und Konfusion gefunden.“

III

Ein anderer wichtiger Zug der Länder der neuen Demokratie besteht in ihrer fortschrittlichen Nationalitätenpolitik. In diesem Teil Europas war die Nationalitätenfrage seit vielen Jahrhunderten eines der akutesten Probleme, und der nationale Hader wurde von den imperialistischen Mächten geschürt und angefacht.

Ein kennzeichnendes Beispiel bietet Jugoslawien. In den Vorkriegsjahren knechtete die serbische regierende Clique die anderen Nationalitäten, womit sie den Interessen der fremdländischen Imperialisten diente. Der nationale Hader ging so weit, daß es mit Ausnahme der Kommunistischen Partei keine Partei für ganz Jugoslawien gab. Politische Verbände, Gewerkschaften, Kulturbünde und Sportvereine waren serbisch, kroatisch, slowenisch oder montenegrinisch, und in den allermeisten Fällen standen alle diese Organisationen unter dem Einfluß von Chauvinisten und Reaktionen.

Die Erfahrungen des Befreiungskrieges haben den Massen gezeigt, daß man keinen erfolgreichen Kampf gegen die Okkupanten führen kann, ohne die Einheit aller im Lande lebenden Nationalitäten gesichert zu haben. Die neue Demokratie verwirklichte die volle Gleichberechtigung aller Völkernschaften Jugoslawiens und schloß sie auf föderativer Grundlage zusammen. Mazedonien hörte auf, ein Streitobjekt der Südslawen zu bilden. Es wurde zum erstenmal in seiner Geschichte eine freie Republik und gleichberechtigtes Mitglied des föderativen Jugoslawiens. Gleichzeitig wurden auch Bedingungen geschaffen für feste

und freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarvölkern, insbesondere zu Bulgarien. Ein anschauliches Zeugnis hierfür ist der in den letzten Tagen unterzeichnete bulgarisch-jugoslawische Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand.

Auch das transsylvanische Problem hat seine Lösung gefunden. Jahrhundertlang war Siebenbürgen mit seinen Naturreichtümern und seiner gemischten rumänisch-ungarischen Bevölkerung ein Zankapfel zwischen Rumänien und Ungarn. Die rumänische Groza-Regierung führt in Transsylvanien eine demokratische Nationalitätenpolitik durch. Rumänen und Ungarn genießen jetzt die gleichen Rechte. Das hat einerseits eine normale Situation in Transsylvanien geschaffen und anderseits zur Regulierung der Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn geführt.

Beispiele dieser Art lassen sich nicht wenige anführen, insbesondere auch aus der Praxis der Tschechoslowakei, wo eine vernünftige Nationalitätenpolitik den demokratischen Kräften im Kampf gegen die Reaktionäre, die immer wieder von neuem Methoden der Spekulation auf nationalen Hader anzuwenden versuchen, einen großen Vorteil gibt.

Die demokratische, fortschrittliche Politik in der Nationalitätenfrage führt zur Beseitigung vieler innerer und äußerer Gegensätze. Sie dient dadurch der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, da der nationale Hader die Verwandlung des Balkans in ein „Pulverfaß“ Europas begünstigte. Ein Herd der Wirren und der Konflikte ist in diesem Teil Europas nur in einem Lande geblieben — in Griechenland, und zwar dank den Bemühungen und dem Willen der englischen und der amerikanischen Monopole. Dort aber, wo die Völker sich von den Fesseln des Imperialismus befreit haben, dort ist der Frieden zwischen den Ländern gesichert, dort entwickelt sich eine freundschaftliche und nützliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern.

Das ist die zweite wichtige Lehre, die sich aus dem Siege der Volksdemokratien ergibt.

IV

Der dritte wichtige Zug der neuen demokratischen Staatssysteme in Osteuropa besteht darin, daß sie von der Vormundschaft des Auslandskapitals frei geworden sind. Diese Länder waren in der jüngsten Vergangenheit Halbkolonien der imperialistischen Großmächte, die die Balkanvölker mit allen Mitteln ausbeuteten und ihre wirtschaftliche Entwicklung künstlich aufhielten. Die hitlerfaschistischen „Geopolitiker“ haben 1941 mit

dem ihnen eigenen Zynismus die Ziele des fremdländischen Imperialismus auf dem Balkan u. a. in den „Deutschen Nachrichten für Griechenland“ formuliert.

Südosteuropa, so hieß es da, werde Deutschland landwirtschaftliche Produkte und Arbeitskräfte liefern. Im neuen Europa müsse der Bauer, ob er nun Serbe, Grieche, Bulgare oder Rumäne sei, den Boden bearbeiten und Mitteleuropa für dessen Entwicklung und Blüte so viele Werte wie möglich liefern.

Die Karpaten sind reich an Erdöl, Kohle und Eisen; die Dinarischen Alpen an Aluminium, Antimon und Blei; die Transsylvanischen Alpen an Gold; die Balkanberge an Kupfer und Marmor. Aber alle diese Reichtümer haben niemals ihren Völkern gehört. Metalle sind z. B. der Hauptreichtum Jugoslawiens. Aber 98 Prozent der im Lande gewonnenen Metalle gehörten ausländischem Kapital. Erdöl ist der Nationalreichtum Rumäniens. Aber 80 Prozent des im Lande gewonnenen Erdöls gehörten ausländischen Gesellschaften. Rumänien hatte auch seine Kohlen und seine Metalle, darunter selbst Gold. Das Volk jedoch sang: „Unsere Gebirge bergen Gold, wir aber betteln an allen Türen.“

Die Balkanländer besitzen große Energiequellen, aber nur einige Prozent davon wurden ausgenutzt. Die Industrie war in der Regel rückständig und schwach entwickelt. Menschliche Arbeitskräfte waren hier billiger als Maschinen. Das Auslandskapital war in jeder Weise bestrebt, eine Hebung des Lebensstandards der Massen zu verhindern.

Mit dieser Vergangenheit ist für immer Schluß gemacht. Die Regierungen der Länder der neuen Demokratie betreiben eine unabhängige Außen- und Wirtschaftspolitik, sie verteidigen und vertechen unentwegt ihre staatliche Souveränität. Die Positionen des Auslandskapitals sind in diesen Ländern restlos liquidiert. Daraus erklärt sich zu einem bedeutenden Teil die Erbitterung, mit der die internationale Reaktion die neuen Staatssysteme attackiert.

Washingtons und Londons Anschläge auf die Unabhängigkeit der Länder Osteuropas begannen schon während des Krieges. Die von Churchill geplante Landung alliierter Truppen auf der Balkanhalbinsel verfolgte ebenso wie die verschiedenen hinter den Kulissen betriebenen Machenschaften der angelsächsischen Imperialisten das Ziel, künftige Positionen und Einflußsphären in Europa für sich zu gewinnen und Hitlers „Erbe“ anzutreten. Hierdurch erklärt sich auch, daß sie in den osteuropäischen Ländern Elemente unterstützten, wie die Clique des Königs Peter und

des Generals Mihajlović in Jugoslawien, wie die Pilsudskileute und die Armia Krajowa in Polen, wie Maniu in Rumänien, wie Petkoff in Bulgarien. Diese volksfeindlichen Elemente waren Agenten des angelsächsischen Imperialismus, und ihnen oblag die Aufgabe, die demokratischen Kräfte daran zu hindern, sich eine wirkliche und vollständige nationale Unabhängigkeit zu erobern.

Im Grunde versuchen die USA und England schon seit Beendigung des Krieges hartnäckig und zynisch, die Länder, die vom Hitlerjoch frei geworden waren, unter ihre Kontrolle zu stellen und sie der Unabhängigkeit zu berauben. Die angelsächsischen Mächte unternahmen einen richtigen diplomatischen und ökonomischen Krieg gegen die Länder der neuen Demokratie. Es lohnt sich, an Tatsachen zu erinnern wie die Lostrennung Triests von Jugoslawien, wie der Versuch, Polens Rechte auf seine westlichen Stammländer zu bestreiten, wie die Stimulierung und Subsidierung der Reaktionäre, die gegen die legitimen Regierungen ihrer Länder ankämpfen, wie die direkten Provokationen mit Hilfe von Flugzeugen und Schiffen, die die Grenzen bzw. Hoheitsgewässer dieses oder jenes Landes verletzen.

Der ununterbrochene politische Druck geht Hand in Hand mit wirtschaftlichen Erpressungsversuchen. Die amerikanischen Imperialisten haben gegenüber Osteuropa ganz zynisch eine „Politik des Hungers“ proklamiert, sie versagen ihnen die Hilfe, sie versuchen, ihnen zusätzliche Wirtschaftsschwierigkeiten zu bereiten und die Wiederaufnahme ihrer Handelsbeziehungen mit den anderen Ländern Europas zu verhindern.

Jetzt lassen sich bereits einige Ergebnisse der Politik der angelsächsischen Mächte gegenüber den Ländern der neuen Demokratie feststellen. Die Praxis hat gezeigt, daß diese Länder es verstanden haben, alle Anschläge zu vereiteln und ihre Unabhängigkeit zu behaupten. Trotz ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben sie auf den zu Erpressungszwecken ausgeworfenen Dollarköder nicht angebissen. Die amerikanischen Monopole vermochten die Macht des Kapitals in diesen Ländern weder durch politischen Druck noch mit Hilfe des sogenannten Marshallplans wiederherzustellen. Viele wichtige Agenten des Imperialismus in Osteuropa, staatsfeindliche und antidemokratische Elemente vom Schlage Petkoffs, Gemetos, Manius, antirepublikanische Verschwörer vom Schlage des ungarischen Exministerpräsidenten Ferenc Nagy sind entlarvt und haben zum großen Teil die verdiente Strafe erhalten. Kürzlich flüchtete Mikołajczyk, diese Kreatur

auswärtiger Kräfte, als ein blamierter Held aus Polen, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß das Volk völlig hinter seine Schliche gekommen war und daß selbst die Mitglieder seiner eigenen Partei ihn durchschaut hatten.

Es besteht natürlich kein Grund zu der Annahme, daß die jetzigen Weltherrschaftsprätendenten ihre Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten einzumischen, aufgeben werden. Propaganda, wirtschaftlicher Druck und Erpressereien aller Art dauern an. Aber die Länder der neuen Demokratie lassen sich von ihrem Wege nicht abbringen. Die Völker haben sich davon überzeugt, daß eben dieser Weg ihren Lebensinteressen entspricht.

Der Weg ausländischer Anleihen zu den Bedingungen der USA führt unweigerlich zum Erstarken der Reaktion, zu völligem Verlust der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit und schließlich zur Verschlechterung der Wirtschaftslage. Wir sehen das am Beispiel mehrerer westeuropäischer Länder. Der andere Weg ist ein Weg der Selbständigkeit und der vollen Ausnutzung der inneren Hilfsquellen, der Industrialisierung und der Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, die die Freiheit ihrer Kontrahenten nicht antastet. Dieser Weg, den die Länder der Volksdemokratie gewählt haben, führt zur Verbesserung ihrer Wirtschaftslage, zum unentwegten Wachstum ihrer Produktivkräfte.

Die jugoslawische Industrie nutzte gegen Ende des Krieges nur 30 bis 50 Prozent der Produktionskapazitäten aus, die vor dem Kriege erschlossen waren. In diesem Jahre sind in Jugoslawien nicht nur die wichtigsten Produktionszweige wiederhergestellt und in vielen Fällen über das Vorkriegsniveau gehoben worden, sondern es befinden sich im Lande jetzt auch mehr als 200 neue große Industriebetriebe im Bau. Es wird eine Elektroindustrie und ein Maschinenbau geschaffen, die es früher nicht gab. Im April 1945 wurden in Polen 993 000 Tonnen Kohle gefördert. Heute erzeugt das Land nicht weniger als 5 Millionen Tonnen Kohle monatlich, so daß Polen zum Kohlenexporteur geworden ist. Der Krieg und die beiden Dürrejahre der Nachkriegszeit haben der Landwirtschaft Rumäniens unberechenbaren Schaden zugefügt. Trotzdem verfiel sie nicht der Degradation, und Rumänien wird in diesem Jahre, das eine gute Ernte gebracht hat, wiederum zum Getreideexporteur.

Diese Beispiele zeigen, daß die Länder der neuen Demokratie in eine absolut neue Entwicklungsphase eingetreten sind. Es handelt sich nicht nur um den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft, sondern auch um die kühne Industrialisierung der

früher rückständigen Gebiete Rumäniens, Jugoslawiens und Bulgariens. In der Tschechoslowakei mit seiner hochentwickelten Industrie sieht der Plan für die nächsten fünf Jahre eine Erhöhung des Nationaleinkommens um 40 bis 50 Prozent und eine Steigerung der Industrieproduktion um 50 Prozent und mehr vor. Alles das bezeugt, daß die progressive Lösung der inneren Probleme, die Befreiung von der Vormundschaft des Finanzkapitals, die Eroberung der realen Unabhängigkeit zu einem raschen Wiederaufbau der Wirtschaft führten und den Völkern früher nicht gekannte Perspektiven ökonomischer Blüte eröffnen.

* * *

Die Volksdemokratien Europas haben infolge des zweiten Weltkrieges gesiegt. Ihr Sieg ist jedoch vorbereitet worden durch alle Ereignisse der Vorkriegszeit und durch diejenigen Änderungen, die infolge der allseitigen Erstarkung der Sowjetunion im internationalen Leben eingetreten sind. Schon 1924 erklärte Genosse J. W. Stalin:

„... Der ganze Prozeß der Loslösung neuer Länder vom Imperialismus wird sich um so rascher und gründlicher vollziehen, je stärker sich der Sozialismus in dem ersten siegreichen Lande festigen wird...“

Die Ereignisse haben diese Prognose völlig bestätigt. Der Sieg des Sozialismus im Sowjetland, die Erstarkung der Sowjetunion, die Heldentaten des Sowjetvolkes an den Fronten des Krieges und der Arbeit und der wachsende internationale Einfluß der sowjetischen Großmacht haben es kleinen Ländern wie Jugoslawien und Bulgarien erlaubt, ihre Unabhängigkeit zu erringen und einen neuen Weg zu beschreiten.

Der Sieg der neuen Demokratien und ihre Erfolge rufen natürlich im Lager der internationalen Reaktion Wut und Erbitterung hervor. Für die Kräfte der Reaktion geht es nicht nur um den Verlust bestimmter strategischer und wirtschaftlicher Positionen. Es handelt sich vielmehr um eine neue, starke Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Systemen — dem sozialistischen und dem kapitalistischen —, um eine Verschiebung zugunsten des Sozialismus. Die Wahrheit über die Erfahrungen der Volksdemokratien ist für die Imperialisten furchtbar. Diese

Erfahrungen zeigen, daß selbst kleine Völker heutzutage unter bestimmten Bedingungen erfolgreich die Ketten des Imperialismus abwerfen und neue sozialökonomische Verhältnisse schaffen können, die dem Willen und den Interessen der Völker entsprechen. Daraus ergibt sich, daß in dem jetzigen Kampf zwischen Demokratie und Reaktion auch neue Durchbrüche durch die imperialistische Front möglich sind.

Das ist der Grund, weshalb verzweifelte Versuche unternommen werden, die Wahrheit über die neuen Demokratien zu verbergen, einen richtigen „eisernen Vorhang“ rund um sie herunterzulassen und Osteuropa durch ihn abzuschließen, damit das verführerische und lehrreiche Beispiel nicht allen vor Augen liege, damit es keinen Kontakt, keine Verbindungen, keinen Erfahrungsaustausch gebe. Aber auch diese Versuche sind zum Scheitern verurteilt. Das Leben ganzer Völker läßt sich vor der Weltöffentlichkeit nicht verstecken. Die Länder der neuen Demokratie haben allen Schlaumeiereien ihrer Feinde zum Trotz der ganzen Welt bereits die Vorzüge ihres Systems gezeigt.

In letzter Zeit greift die imperialistische Propaganda immer häufiger zu Erpressungsversuchen mit Hilfe von Kriegsandrohungen. Die Agenten des Imperialismus in den Ländern der neuen Demokratie beschäftigen sich schon seit zwei Jahren mit der systematischen Verbreitung von Gerüchten über einen nahe bevorstehenden unvermeidlichen Krieg. Sie selber sollten sich vor einem neuen Kriege mehr fürchten als diejenigen, die sie einzuschüchtern versuchen.

Die Erfahrungen von zwei Weltkriegen sind lehrreich genug. Diese Kriege haben keinen einzigen Widerspruch des Kapitalismus beseitigt. Sie haben das kapitalistische System nur noch mehr kompromittiert und die progressiven Kräfte des Volkes freigesetzt. Besteht etwa ein Grund zu der Annahme, daß ein neuer Krieg den Imperialisten Resultate verheißt, die für sie tröstlicher wären?

Die Erfahrung zeigt, daß die Völker, die den neuen Weg beschritten haben, starke Nerven besitzen. Sie verlieren nicht ihre Selbstbeherrschung und ihren gesunden Menschenverstand. Sie wissen, daß nach dem Sturm die Sonne heller scheint und daß die Zukunft ihnen gehört.

Wessen Pläne in Westdeutschland verwirklicht werden

G. SOLUS

IN DIESEM SOMMER reiste Mr. Lewis H. Brown in einem grünen Militärkraftwagen durch deutsche Städte. Er fuhr von einem amerikanischen Stab zum anderen. Die amerikanischen Behörden empfingen ihn mit ungewöhnlicher Zuvorkommenheit. Lewis H. Brown war auf Einladung General Clays über den Ozean herübergekommen, um in Sachen der USA-Politik in Deutschland seine Empfehlungen abzugeben.

Lewis Brown ist Geschäftsmann. Er leitet die Johns Manville Corporation, hat seine Hände in 23 englischen und amerikanischen Versicherungsgesellschaften, ist außerdem Großaktionär der Firma Brown Brothers, Harriman and Company, deren Leiter — William Averell Harriman — Handelsminister in Washington ist. Brown unterhält enge Beziehungen zu Marshall, Dulles und Eisenhower.

Nach seiner Rückkehr in die USA veröffentlichte Brown das Programm, das er Clay empfohlen hat. Die Sensationspresse hat es im Handumdrehen „Brown-Plan“ getauft.

Die Ausgangspunkte seines Plans bestimmte Brown in den folgenden Worten:

„Ich habe das Problem vom Standpunkt eines Kapitalisten aus studiert, der ein Geschäft in Gang bringen will, um einen erheblichen Profit daraus zu ziehen.“

Brown hat nicht Amerika entdeckt. Er hat nur klar zum Ausdruck gebracht, was schon seit geraumer Zeit in dem westdeutschen Generalgouvernement Clays verwirklicht wird. Seine Vorschläge laufen auf folgendes hinaus: maximale Förderung des deutschen Privatkapitals durch Gewährung amerikanischer Kredite, völlige Einstellung der Entnazifizierung, Verweigerung von Reparationen. Als Krone des Programms empfiehlt Brown die sofortige Schaffung eines westdeutschen Staates, bestehend aus der englischen, der amerikanischen und der französischen Zone, geleitet und beaufsichtigt von den Generalen Clay und Eisenhower.

Der Brown-Plan, dessen Einzelheiten vorläufig unbekannt sind, wird jetzt, wie die Presse gemeldet hat, in den Kanzleien des Staatsdepartements und des War Departments der USA sorgfältig studiert, ebenso auch in Clays Stabsquartier.

Der Brown-Plan ist nicht nur ein Plan. Es ist die reale Wirklichkeit des jetzigen Westdeutschlands, die durch Dokumente bestimmt wird wie das zweiseitige Abkommen über die Hebung des Industrieniveaus der Westzonen, die kürzlich in Berlin veröffentlichte Liste der abzumontierenden Betriebe und vieles andere. Es ist zugleich die direkte Fortsetzung der Nachkriegspläne für die Entwicklung Deutschlands, die seinerzeit von deutschen Monopolisten ausgearbeitet worden sind.

* * *

Schon im Oktober 1945 legte der deutsche Kalikönig Rechberg der amerikanischen Militäradministration einen Bericht vor, worin er ein ganz genau bestimmtes wirtschaftliches und politisches Aktionsprogramm entwickelte. Hier nach schrieb er mehrere Briefe über das gleiche Thema, in denen er im Grunde den amerikanischen Monopolisten ein Geschäft vorschlug.

In seinem Schreiben vom 16. Januar 1947 formulierte er seine Vorschläge dahingehend, vor allem müsse die Auflösung der Kartelle und Verbände der deutschen Industrie rückgängig gemacht werden.

Die in den Kämpfen des zweiten Weltkrieges zerstörten deutschen Industriebetriebe und Fabriken müßten in verhältnismäßig kurzer Zeit wiederhergestellt werden. Das sei wahrscheinlich nur möglich, falls englisch-amerikanisches Kapital eine bedeutende Hilfe leiste. Außerdem seien, wenn man das frühere Erzeugungsniveau dieser deutschen Betriebe wiederherstellen wolle, zu diesem Zweck große englisch-amerikanische Kredite notwendig.

Ferner entwickelte Rechberg sein Aktionsprogramm hinsichtlich der deutschen Kriegsverbrecher weiter, indem er ausführte, von seinem Standpunkt aus spiele die politische Vergangenheit der deutschen Industrieführer heute keine Rolle mehr. Wichtig sei nur, daß die meisten von ihnen über große Berufskenntnisse verfügten und bedeutende Erfahrungen in den führenden Industriezweigen besäßen, auch in bezug auf Arbeit in schweren Zeiten und unter schweren Verhältnissen. Von seinem Standpunkt aus könnten die Engländer und die Amerikaner ohne eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Kapital nicht aus-

kommen. Es sei deshalb notwendig, die internierten oder gegenwärtig ausgeschalteten fähigen Leiter der deutschen Industrie zu amnestieren und sie wieder auf die Plätze zu setzen, die sie früher innegehabt hätten.

Da bei jedem Geschäft geleistete Dienste auch bezahlt werden, so schlug Rechberg in seinem Schreiben vom 21. Februar 1946 vor, den Engländern, Amerikanern und Franzosen sollten 23 Prozent der Aktien der in ihren Zonen liegenden deutschen Industriezweige zufallen. Weiter meinte er, die Teilnahme der USA, Englands und Frankreichs an den deutschen Schlüsselindustrien würde ihnen die Kontrolle über diese Industriezweige verschaffen. Die gegenseitige Durchdringung der amerikanisch-englisch-französischen und der deutschen Industrie müßte durch eine Vereinigung ihrer militärischen Interessen garantiert werden.

Rechberg schlug also vor: erstens die deutschen Monopolverbände beizubehalten, zweitens das kriegswirtschaftliche Potential Deutschlands aufrechtzuerhalten, drittens alle Nazis und Kriegsverbrecher zu amnestieren, viertens den deutschen Monopolen amerikanische Kredite zu gewähren und schließlich einen gemeinsamen Antisowjetblock der internationalen Monopole zu schaffen.

Rechbergs Ratschläge sind offenbar nicht in taube Ohren gedrungen. Sie wurden aufmerksam studiert, gutgeheißen und mit einigen Abänderungen angenommen. Das Geschäft wurde perfekt. Alle folgenden Aktionen der englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden in den westdeutschen Zonen haben das gezeigt. In der Praxis bedeutet dies einen Kuhhandel der englisch-amerikanischen Monopolisten mit den deutschen Monopolisten. Dieser Kuhhandel aber ist, wie Rechberg sich mit unübertrefflicher Klarheit ausdrückt, „durch eine Vereinigung ihrer militärischen Interessen garantiert“.

Die englisch-amerikanischen Monopolisten haben an den Vertretern der deutschen Monopole eine zuverlässige Stütze gefunden für die von ihnen geplante Verwandlung Westdeutschlands in ein militärisches Aufmarschgebiet im Herzen Europas.

Die deutschen Monopolisten sehen in diesem Geschäft den einzigen Weg zur Aufrechterhaltung der deutschen Konzerne und Monopole, zur Erhaltung des kriegswirtschaftlichen Potentials Deutschlands. Sie begreifen, daß nur dieser Weg ihnen ihre Positionen in den Schlüsselstellungen der deutschen Wirtschaft sichert.

In der von den englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden veröffentlichten Liste der abzumontierenden Werke figurieren an Stelle der vom

Alliierten Kontrollrat für Deutschland festgelegten 1777 Kriegsbetriebe nur 681 Unternehmungen, und von diesen sind nur 301 Kriegsbetriebe. Auf diese Weise haben sie den deutschen Industriellen einen Wechsel gegeben, der ihnen garantiert, daß sie um ihre übrigen Kriegsbetriebe unbesorgt sein können.

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den englisch-amerikanischen und den deutschen Monopolisten sind nicht zufällig zustande gekommen. Die wirtschaftlichen Vorkriegsverbindungen der englisch-amerikanischen Monopolverbände mit deutschen Verbänden sind genügend bekannt und in zahlreichen Schriften von Autoren verschiedener Länder geschildert worden. Man weiß, daß diese Beziehungen sich nach dem ersten Weltkrieg besonders rasch zu entwickeln begannen. Die nach der Annahme des Dawesplanes 1924 nach Deutschland strömenden amerikanischen Anleihen förderten ihre Stärkung und Konsolidierung. Sie fanden bald ihren Ausdruck in internationalen Kartellverträgen, z. B. in dem am 1. Januar 1926 von du Pont, den Imperial Chemical Industries und der I. G. Farbenindustrie geschlossenen Vertrag, durch den die Weltabsatzmärkte für Schießpulver verteilt wurden, oder in dem Vertrag der Standard Oil Company und der I. G. Farbenindustrie über den Austausch von technischen Informationen usw.

Hitlers Machtantritt und die folgenden Ereignisse haben die Entwicklung dieser Beziehungen nicht unterbrochen. Das „Neue Deutschland“ hat mitgeteilt, daß 1937 eine geheime Konferenz deutscher Naziagenten mit Vertretern der amerikanischen Großindustrie stattgefunden hat, auf der der Vertreter der General Motors Company erklärte, „daß weitsichtige Geschäftsleute derartige Konferenzen begrüßen. Man müßte sich aber darüber im klaren sein, daß man von Washington (Roosevelt) nichts erwarten könne, sondern selbst zu planen hätte.“

Diese Beziehungen wurden sehr energisch geplant. Nach der Münchener Konferenz, als es der ganzen Welt klar wurde, daß Hitlerdeutschland einen Krieg entfesselte, schloß die Standard Oil Company mit der I. G. Farbenindustrie einen Vertrag, worin der deutsche Chemietrust seinen amerikanischen Partner dazu zu bewegen wußte, ihn an den Profiten aus dem in den USA produzierten Flugzeugbenzin und aus den Benzinlieferungen nach Deutschland zu beteiligen, wogegen er sich bereitwillig einverstanden erklärte, sein synthetisches Benzin nicht auf den Weltmarkt zu bringen, da Hitlerdeutschland damals Treibstoffvorräte für militärische Zwecke anlegte

Der zweite Weltkrieg machte den Kartellabkommen zwischen den amerikanischen und den deutschen Monopolisten kein Ende. Wie fest sie waren, ersieht man daraus, daß die Standard Oil Company es sogar während des Krieges ablehnte, das Geheimnis der Herstellung von synthetischem Kautschuk, dessen die USA außerordentlich bedurften, weil die Hauptkautschukvorkommen sich damals in den Händen der Japaner befanden, an ihre Regierung auszuliefern. Die Hitlerfaschisten waren zufrieden: die Standard Oil Company hatte ihre vertraglichen Verpflichtungen eingehalten.

Schon während des Krieges begannen Vertreter des amerikanischen Monopolkapitals Verhandlungen mit ihren deutschen Kollegen über die beiderseitigen Nachkriegspläne. Allen Dulles, der Bruder John Foster Dulles', des Hauptberaters Marshalls, traf sich in der Schweiz schon 1944 mit Vertretern Schachts. Schacht machte konkrete Vorschläge, um den Monopolisten einen „milden Frieden“ zu sichern, wogegen er den Amerikanern weitgehende Beteiligung an der Ruhrindustrie wurde dabei besonders betont. Schacht war der Bevollmächtigte der deutschen Monopolisten, denen es damals klar wurde, daß das mit Hitlers Hilfe begonnene Kriegsabenteuer unweigerlich zur Niederwerfung Deutschlands führen werde.

Aber die Quertreibereien der deutschen und der amerikanischen Monopolisten vermochten den Siegeszug der Sowjetarmee nicht aufzuhalten. Die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands wurde zur Tatsache.

Nach dem Tode Roosevelts begannen die Geschäftsinteressen der Monopole die gesamte USA-Politik in Deutschland zu bestimmen. Das begriffen vor allem die Vertreter der deutschen Monopole. Georg von Schnitzler — Vorstandsmitglied der I. G. Farbenindustrie, Truppführer der SA und Mitglied der NSDAP — begrüßte die amerikanischen Behörden mit den folgenden Worten: „Meine Herren! Es ist mir eine wirkliche Freude, wieder mit Ihnen arbeiten zu können.“

Offenbar schätzten die Vertreter der deutschen Monopole die Ankunft der Amerikaner als eine neue Etappe in der Entwicklung ihrer früheren Beziehungen ein. Ebenso beurteilte Rechberg die Ankunft der Amerikaner in Deutschland, als er ihnen seine Vorschläge unterbreitete. Rechberg wurde zu einem würdigen Fortsetzer der Sache von Schacht.

Es ist daher klar, weshalb die amerikanische Diplomatie die Potsdamer Beschlüsse so wütend angreift. Die Verwirklichung der gemeinsamen

Pläne der englisch-amerikanischen und der deutschen Monopolisten wäre im Rahmen des Potsdamer Abkommens unmöglich, da dort direkt gesagt ist, das Ziel der Besetzung sei die „völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, die für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann“.

Die englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden haben ihre Zonen entgegen den sich aus dem Potsdamer Abkommen ergebenden Verpflichtungen vereinigt. Dies war der erste Schritt zur Lostrennung Westdeutschlands.

Die englisch-amerikanischen Behörden setzten ihre Verhandlungen hinter dem Rücken des Alliierten Kontrollrats fort und wandelten im Mai die bizonale Wirtschaftsverwaltung in einen bizonalen Wirtschaftsrat um, der die Grundlage abgeben soll für die künftige Regierung eines westdeutschen Staates. Gleich darauf wurde ein Plan für das Industrieniveau der beiden Zonen veröffentlicht und schließlich die Liste der abzumontierenden Betriebe.

Durch diese Maßnahmen wurden die Voraussetzungen geschaffen für die Erfüllung des Hauptpunktes in Rechbergs Vorschlägen: die „Vereinigung der militärischen Interessen“ der englisch-amerikanischen und der deutschen Monopolisten gegen die Sowjetunion und alle anderen friedliebenden Völker Europas.

Die Beibehaltung eines hohen Niveaus des kriegsindustriellen Potentials Westdeutschlands und die Belassung der meisten Betriebe, die gemäß dem Potsdamer Abkommen abmontiert werden sollten, in den Händen ihrer früheren Besitzer bedeutet jedoch nicht, daß diese Betriebe mit Friedensproduktion beginnen können. Eine Friedensproduktion der deutschen Industrie würde den englisch-amerikanischen Monopolen wieder die unerwünschten Konkurrenten verschaffen, mit denen sie in den zweieinhalb Besatzungsjahren fertig geworden sind. Die amerikanischen Imperialisten sind nicht nur daran interessiert, die Kriegsindustrie in Westdeutschland beizubehalten, sondern sie auch in gehöriger Ordnung zu belassen, und zwar aus den gleichen Gründen, aus denen sie, sagen wir, Grönland oder Island brauchten, von wo sie nicht abziehen möchten, oder Griechenland, aus dem sie ihre Truppen nicht abberufen wollen.

Rechberg ist Anfang dieses Jahres gestorben. Seine Sache wird jedoch von zahlreichen Vertretern des deutschen Monopolkapitals, die in „Bizonesien“ ein so flottes Leben führen, eifrig fortgesetzt. Hier ein Beispiel. Im Oktober fand in Frankfurt a. M. eine kleine, aber sehr bedeutende Beratung statt, an der führende Vertreter

des deutschen Finanzkapitals beteiligt waren: Rudolf Müller, ein bekannter Führer der Christlich-Sozialen Union, der gleichzeitig Direktor des Konzerns Röhm & Haas ist; Dr. Erhard, der frühere bayerische Wirtschaftsminister; Goldschmidt, der Leiter der gleichnamigen Essener Firma, u. a.

Auf dieser Beratung wurde eine spezielle Organisation geschaffen, die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“. Diese Gesellschaft steckt sich das Ziel, einerseits die sozialistische Bewegung zu bekämpfen und andererseits Beziehungen zum englisch-amerikanischen Kapital herzustellen. Auf der Beratung wurde besonders die Notwendigkeit betont, den Zustrom amerikanischer Kapitalanlagen in die deutsche Wirtschaft zu verstärken.

Was die übrigen Punkte der von Rechberg vorgeschlagenen Transaktion betrifft, so zeigt die

Praxis, daß sie alle der jetzt in der englisch-amerikanischen Zone durchgeführten Politik zugrunde gelegt worden sind. Durch die faktische Abkehr von der Denazifizierung und durch die Einsetzung früherer Naziführer der Kriegsindustrie — Schlöcker, Dinkelbach, Roelen, Karl Grosse u. a. — in leitende Stellungen wird der Punkt über die Amnestie für frühere führende Nazis erfüllt. Die Sabotage des Potsdamer Abkommens über die Auflösung der deutschen Monopolverbände zeugt für die Erfüllung des Punktes in Rechbergs Vorschlägen, der von der Aufrechterhaltung der Kartelle handelt. Schließlich finden wir im Marshallplan auch den letzten Punkt des von Rechberg vorgeschlagenen Geschäfts — über die Gewährung von Krediten an die deutschen Monopolisten, mit denen sie ihre Betriebe, hauptsächlich die Kriegsindustrie, wiederaufbauen sollen.

Zu den Ereignissen in Frankreich

P. WISCHNJAKOW

DIE ENTWICKLUNG der Ereignisse in Frankreich lenkt immer mehr das Augenmerk der demokratischen Weltöffentlichkeit auf sich. Ende November streikten in Frankreich bereits über zwei Millionen Arbeiter und Angestellte, die gegen das Regime des Hungers und der Entbehrungen, gegen die volksfeindliche Politik des regierenden Lagers in Frankreich protestieren. In fast allen großen Industriezentren des Landes, auf den Eisenbahnen und in den Häfen finden Massenstreiks statt. Im ganzen Lande entstehen antifaschistische „republikanische Schutzkomitees“, die sich den Kampf gegen die de-Gaulle-Reaktion zum Ziel setzen.

Obwohl die gültige französische Verfassung das Streikrecht der arbeitenden Bevölkerung anerkennt, hat die Regierung den ganzen Polizeiapparat gegen die Streikenden aufgeboten. Pariser Blätter teilen mit, daß zur Unterstützung der Gendarmerie und Polizei französische Besatzungstruppen aus Deutschland herbeigerufen worden sind. Freunde und Gesinnungsgenossen Blums wollen die arbeitenden Massen mit der Drohung des Einsatzes bewaffneter Kräfte terrorisieren, ähnlich wie es die Vorkriegsregierungen Daladier und Reynaud getan haben, für die die Arbeiterklasse der „Feind Nr. 1“ war.

Allen Polizeimaßnahmen zum Trotz nimmt aber der Widerstand des Volkes gegen die Reaktion und ihre Gönner im Regierungslager immer größeren Umfang an.

Die Ereignisse in Frankreich zeigen, daß die Partei Léon Blums unter den neuen Verhältnissen für das reaktionäre Lager keine genügende Stütze bedeutet. Das war auch der unmittelbare Grund für die Regierungskrise, für den Rücktritt des Kabinetts des Sozialisten Ramadier.

Der Ministerwechsel in Frankreich kam nicht unerwartet, er war von langer Hand vorbereitet. Schon Anfang November beriet sich der Präsident der Republik und darauf Ramadier mit führenden Männern der verschiedenen Parteien, darunter auch mit Gruppen, die der de Gaulleschen „Vereinigung des französischen Volkes“ angehören. Die Beratungen hatten das Ziel, im regierenden Lager eine Umgruppierung herbeizuführen und eine neue Regierungskombination zustande zu bringen, mit der sowohl die innere als auch die äußere Reaktion zufrieden sein sollten. Wie die Zeitungen mitteilen, plante man die Bildung einer „starken“ Regierung, die in Washington größtes Vertrauen genießen würde.

Die Umgruppierung der Kräfte in den Regierungsparteien ging nicht ohne innere Schwierig-

keiten vonstatten. Léon Blums Freunde hielten angesichts der wachsenden antifaschistischen Volksbewegung die Bildung eines Kabinetts mit einer überwiegenden Anzahl von de-Gaulle-Ministern für unmöglich. Sie sprachen sich für die politische Ordnung aus, die in den demokratischen Kreisen Frankreichs als „de-Gaullismus ohne de Gaulle“ bezeichnet wird.

In den führenden Kreisen der Partei Bidaults, der Volksrepublikanischen Bewegung, machte sich im Gegenteil eine starke Tendenz für ein Bündnis dieser Partei mit der de-Gaulleschen „Vereinigung des französischen Volkes“, für die Schaffung einer neuen Regierung auf dieser Grundlage bemerkbar. Unter den Anhängern des Blocks mit de Gaulle befanden sich der Vorsitzende der Partei, Maurice Schumann, ihr Generalsekretär und ihr Vizeregierungsssekretär, d. h. die ganze Spitze. Die Einwände der übrigen Führer gegen ein sofortiges Bündnis mit der de-Gaulle-Partei hatten taktische, keineswegs aber prinzipielle Gründe. Die Novemberereignisse in Marseille hatten nämlich gezeigt, daß eine unmittelbare Übergabe der Macht an die de-Gaulle-Clique auf den ernststen Widerstand der Volksmassen stoßen würde.

Eine Kompromißlösung war die Bildung der Regierung von Robert Schuman, der vor dem Kriege ein führender Mann der Rechtsparteien war und sich nach dem Kriege mit an die Spitze der Volksrepublikanischen Bewegung stellte.

Die Sozialisten suchten gegen die Aufnahme einiger durch ihre Beziehungen zu den „200 Familien“ besonders kompromittierter Politiker ins neue Kabinett zu protestieren, Schuman aber drohte, eine Regierung ohne Sozialisten zu bilden. Da gaben sie nach. Das neue Kabinett besteht aus 9 Vertretern der Volksrepublikanischen Bewegung, 6 Sozialisten, 3 Radikalen und einem Vertreter der de-Gaulle-freundlich gesinnten Gruppe „Demokratische und sozialistische Widerstandsunion“, sowie einem „unabhängigen Republikaner“ aus der Gruppe Paul Reynauds, die der de-Gaulleschen Vereinigung angeschlossen ist.

Die führende Rolle in der Regierung ist also jetzt der katholischen Partei, der Volksrepublikanischen Bewegung, zugefallen. Man muß in Betracht ziehen, daß bedeutende Schichten der Volksrepublikanischen Bewegung faktisch die de-Gaullesche Vereinigung der reaktionären Gruppen unterstützen. Bei den kürzlichen Gemeindewahlen stimmte etwa die Hälfte der Anhänger der Volksrepublikanischen Bewegung für die Kandidaten de Gaulles. In der ersten Zeit nach Kriegsende, als die dunklen politischen Elemente — die Vichyleute und Kollaborationisten — sich

als „Demokraten“ maskieren und in politischen Seitengäßchen Zuflucht suchen mußten, bot diese Partei ihnen Asyl. Heute, wo die Politik der Regierung Ramadier der Reaktion den Weg geebnet hat und der Einfluß der Kräfte von außen auf Frankreich mit jedem Tage zunimmt, halten diese dunklen Elemente es für überflüssig, sich zu tarnen, sie treten offen als Anhänger de Gaulles auf. Der Einfluß der de-Gaulle-Leute in der Volksrepublikanischen Bewegung hat bedeutend zugenommen. Man hat allen Grund anzunehmen, daß die Politik des neuen Kabinetts, in dem die katholischen Minister die Oberhand haben, den Machenschaften des de-Gaulle-Lagers förderlich sein wird.

Andererseits zeigt die Zusammensetzung der neuen Regierung, daß die „amerikanische Partei“ in der regierenden Oberschicht erstarkt ist. Neben einigen Mitgliedern des vorigen Kabinetts, die bereits als Anhänger der amerikanischen Europa-pläne hervorgetreten sind, ist René Mayer als Finanz- und Wirtschaftsminister ins neue Kabinett eingetreten, ein führender Geschäftsmann, der die Interessen des Bankhauses Rothschild vertritt und enge Beziehungen zu USA-Banken unterhält.

Die Regierung Schuman ist bereits das siebente französische Nachkriegskabinett, so daß jedes Kabinett durchschnittlich etwa 4 Monate an der Macht war. Das zeigt, wie labil das französische Regierungslager ist.

Bei den Gemeindewahlen vom 19.—26. Oktober, die gewissermaßen die „politische Atmosphäre sondierten“, erhielten die drei Hauptparteien des heutigen Regierungsblocks — die Sozialisten, die Volksrepublikanische Bewegung und die Radikalen — zusammen nur etwas mehr als ein Drittel der Stimmen. Dieses Wahlergebnis zeigt, welch schwachen inneren Rückhalt die Regierungsparteien vor allem in den großen Industriezentren besitzen. In Paris stimmten z. B. nur 7 Prozent der Wähler für die sozialistischen Kandidaten, in Lyon 5 Prozent.

Die Deklaration und die ersten Maßnahmen der neuen Regierung lassen erkennen, daß sie den politischen Kurs des vorigen Kabinetts weiterzuverfolgen gedenkt, jedoch zur Unterdrückung des Widerstandes, den die Volksmassen dem Regierungsprogramm entgegensetzen, härtere Maßnahmen ergreifen wird. Wie sein Vorgänger behauptet auch Schuman, die „Hilfe“ der USA sei eine unerläßliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der französischen Volkswirtschaft. Mit anderen Worten, das neue Kabinett wird dem alten Kurs folgen und fortfahren, die souveränen Rechte Frankreichs zu verschachern und das Land den Expansionsplänen der Überseereaktionäre botmäßig zu machen.

Dieser Kurs kann den ohnehin scharfen Konflikt zwischen dem Regierungsblock und dem demokratischen Lager des Landes nur vertiefen. Gegen eine Orientierung auf die „Dollarhilfe“ und gegen den Verzicht auf eine selbständige Politik haben sich die größten Organisationen Frankreichs ausgesprochen, die die überwiegende Mehrheit der schaffenden Bevölkerung des Landes umfassen, darunter die Allgemeine Arbeitskonföderation. Auch die Allgemeine Konföderation der Landwirtschaft hat ernste Einwände gegen die Unterstützung der amerikanischen Europapläne erhoben. Die demokratische Presse prangert energisch die in Übersee ausgeheckten Pläne an, die Frankreich versklaven sollen.

Dadurch, daß man sich kurzsichtig auf die „USA-Hilfe“ verläßt, sind die inneren Ressourcen für den Wiederaufbau der Wirtschaft und ihre Fortentwicklung bereits ernstlich erschüttert. Die französische Volkswirtschaft macht eine schwere Krise durch. Konjunkturberichte stellen ein fortschreitendes Sinken aller wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern fest. Mit Eintritt des Winters war die Regierung Ramadier gezwungen, eine extreme Maßnahme zu ergreifen, die von dem raschen Anwachsen der Krise zeugt. Sie mußte die Arbeit in den Industriebetrieben auf 4 Tage in der Woche einschränken.

Besonders verheerend haben sich diejenigen Maßnahmen auf das französische Wirtschaftsleben ausgewirkt, die in Frankreich während der letzten Monate, im Einklang mit den Beschlüssen der berühmten Pariser „Konferenz der 16“, getroffen wurden. Bekanntlich stellt der Marshallplan den westeuropäischen Ländern eine Reihe von Bedingungen, in deren Annahme sich solche Staaten fügen müssen, die die Hand nach amerikanischen Krediten ausstrecken. Zu diesen Bedingungen gehört die Ausbalancierung des Staatshaushalts. Der französische Außenminister hat sich verpflichtet, bis zum nächsten Jahr für einen defizitlosen Staatshaushalt zu sorgen.

Um der übernommenen Verpflichtung nachzukommen, hat die französische Regierung beschlossen, zwecks Einschränkung der Ausgaben auf lange Zeit hinaus vom Wiederaufbau der zerstörten Städte abzusehen und gleichzeitig Neubauten, insbesondere den Bau neuer Wasserkraftwerke, einzuschränken, die für die an bitterem Kohlenmangel leidende Volkswirtschaft des Landes von großer Bedeutung sind. Die demokratische Presse Frankreichs führte aus, daß dieses durch den Marshallplan bedingte Regierungsprogramm die inneren Hilfsquellen des Landes schwächt und Frankreichs Abhängigkeit vom

amerikanischen Export nur verstärken, d. h. das Land zu sklavischer Abhängigkeit von USA-Anleihen und -Krediten verdammen muß.

Die Wirklichkeit hat die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Das halbamtliche Blatt „Le Monde“ stellte kürzlich fest, daß der französische Export in den letzten Monaten wieder um 28 Prozent gesunken ist und eine weitere Tendenz zum Sinken zeigt. Länder, die wie Frankreich einen Dollarmangel verspüren (namentlich die südamerikanischen), könnten, wie „Le Monde“ ausführt, französische Waren ohne Dollarbezahlung kaufen. Da diese Länder nun fürchten, von Washington der „Diskriminierung“ beschuldigt zu werden, müssen sie zwar aus Dollarmangel ihre Einkäufe in den USA einschränken, gleichzeitig aber auf Einkäufe in andern Ländern, die nicht zur „Dollarzone“ gehören, Verzicht leisten.

Über die Hälfte des gesamten französischen Imports kommt aus den Ländern der „Dollarzone“, während nur 9 Prozent des französischen Exports dorthin gehen.

Die regierenden Kreise Frankreichs, die sich auf den Marshallplan eingelassen haben, unterbinden daher die Entwicklung der für den Export produzierenden Industrie und treiben die französische Volkswirtschaft in die Dollarknechtschaft.

Wie unvereinbar der Marshallplan mit den nationalen Interessen Frankreichs ist, tritt besonders dadurch zutage, daß diesem Plan der Wiederaufbau der westdeutschen Volkswirtschaft zugrunde liegt. Nachdem die Regierung den amerikanischen Plan angenommen hat, gibt sie dem Druck, der in dieser Beziehung ausgeübt wird, immer mehr nach. Da die USA an Frankreich keine zum Verkoken geeignete Kohle abgeben, kann ein Teil der französischen Hochöfen aus Koksmangel selbst jetzt, drei Jahre nach Abschluß der Kriegshandlungen auf französischem Boden, nicht angeblasen werden. Wohin, wenn nicht ins Ruhrgebiet, wird das überschüssige lothringische Eisenerz gehen? In Paris veröffentlichten Angaben zufolge sind die ersten Partien lothringischen Erzes bereits nach Westdeutschland abgegangen.

Übrigens steht dieser Kuhhandel der amerikanischen-deutschen Magnaten der Ruhrindustrie mit den Magnaten der französischen Hüttenindustrie nicht beispiellos da. Im März 1940 mußte die französische Deputiertenkammer in Geheimsitzen über aufgedeckte lothringische Erzlieferungen via Luxemburg an Hitlerdeutschland verhandeln, das damals Krieg gegen Frankreich führte.

Heute, wo die schweren Prüfungen der Kriegsjahre den Franzosen noch frisch in Erinnerung

sind, können derartige Abmachungen auf Kosten der nationalen Interessen Frankreichs die Entrüstung des Volkes zweifellos nur verstärken.

Der Bankrott der Politik der Kapitulation vor dem Dollar und der de-Gaulle-Reaktion hat zum Sturz der sozialistisch-katholischen Regierung Ramadier geführt, die die Rolle eines „Kontrahenten“ des USA-Imperialismus in Europa übernommen hatte.

Versuche der neuen Regierung, diese gegen die eigene Nation gerichtete Politik fortzusetzen,

die Elend und unermessliche Entbehrungen über das Land bringt, stößt schon von allem Anfang auf den täglich wachsenden Widerstand des Volkes. Die über Frankreich heraufziehende Gefahr — die drohende Verwandlung des Landes in ein Anhängsel des USA-Imperialismus, in ein gefügiges Werkzeug zur Verwirklichung amerikanischer Versklavungspläne in den Ländern Westeuropas —, diese Gefahr abzuwenden, sind die demokratischen Kräfte Frankreichs, wie die dortigen Ereignisse zeigen, fest entschlossen.

Internationale Umschau

(Notizen)

EIN RAUCHVORHANG

Vor Eröffnung der Londoner Tagung des Außenministerrats brachte die USA-Presse Kommentare, deren ganzer Ton anders war als die sonstige amerikanische Propaganda in der deutschen Frage. So gab am 24. November der United-Press-Korrespondent Shackford aus London eine ausführliche Korrespondenz durch, in der er unter Berufung auf dem Staatssekretär nahestehende „maßgebende“ Stellen versicherte, Marshall sei entschiedener Gegner einer Zerstückelung Deutschlands und eines Separatfriedens und teile durchaus nicht den Standpunkt Hoovers, Byrnes' und Vandenberg's in dieser Frage. Eine offizielle Persönlichkeit habe dem Korrespondenten erklärt:

„Die Vorschläge, die Westmächte sollten die Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ohne Rußland fortsetzen, sind phantastisch, unrealistisch und gänzlich unvereinbar mit dem Grundziel der USA-Politik — der schließlichen Wiederherstellung ganz Europas als einer Gemeinschaft von Nationen. Ein Separatfriede würde Europa für immer teilen. Die USA-Politik sollte schließlich zu einer Wiedervereinigung Europas in der Gestalt führen, in der es seit Jahrhunderten bekannt ist.“

Noch am 18. November, vor seiner Abreise nach London, hat Marshall in seiner Chicagoer Rede ganz unzweideutig mit der Zerstückelung Deutschlands gedroht. Seine Rede war in einem äußerst aggressiven Ton gehalten und durchaus nicht durchdrungen vom Geiste der Friedensliebe

und dem Wunsche, sich mit den anderen Mächten in der deutschen Frage zu verständigen.

Offenbar hat diese Rede selbst auf das amerikanische Publikum einen ungünstigen Eindruck gemacht. Jetzt versuchen Shackford und die hinter ihm stehenden „offiziellen Persönlichkeiten“, die Sache wieder in die Richte zu bringen. Sie versichern, Marshall sei gegen die Zerstückelung Deutschlands, und er werde sich auf sie auch dann nicht einlassen, falls der Außenministerrat zu keinem Abkommen gelangt.

Man möchte diesen schönen Versicherungen Glauben schenken, nur besteht leider kein Anlaß dafür. Der gesamte Kurs des Staatsdepartements und alle praktischen Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland sind ganz offen gerade darauf gerichtet, durch separate, nicht nur mit der Sowjetunion, sondern manchmal auch mit England nicht vereinbarte Aktionen die Politik der Lostrennung Westdeutschlands durchzuführen. Bis zur Londoner Tagung bearbeitete die gesamte amerikanische Presse die öffentliche Meinung nachdrücklich in der Richtung, ein Abkommen in der deutschen Frage sei „wegen der Unnachgiebigkeit der Russen“ unmöglich, die Londoner Tagung werde zu nichts führen, die Zerstückelung Deutschlands sei unvermeidlich.

Unter diesen Umständen muß Shackfords Korrespondenz als eine Art Rauchvorhang beurteilt werden. Sie soll den Boden dafür vorbereiten, den Leitern des Staatsdepartements die Verantwortung für die von ihnen in der Praxis durchgeführte Politik der Zerstückelung Deutschlands

abzunehmen. Daß die Sache gerade so steht, bestätigte Marshall selbst, als er auf der jetzigen Londoner Tagung des Außenministerrats gemeinsam mit den Vertretern Englands und Frankreichs den Antrag der Sowjetdelegation ablehnte, es für unrichtig zu erklären, Regierungen für einzelne Zonen Deutschlands zu schaffen, weil das der Notwendigkeit, eine gesamtdeutsche Regierung zu schaffen, widersprechen würde.

DIE BERATUNG DER GEWERKSCHAFTEN DER BALKANLÄNDER

Am 18. November traten in Belgrad die Vertreter der Gewerkschaften Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens und Albaniens zu einer Beratung zusammen, die den Grund legte für ausgedehntere und engere Verbindungen zwischen den Gewerkschaften der vier Länder im Rahmen der Weltföderation der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck beschloßen die Beratungsteilnehmer, ständige oder zeitweilige Vertreter auszutauschen sowie den Austausch von Druckschriften und Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit in die Wege zu leiten. Die Beratung stand unter dem Zeichen der Einheit der Werktätigen der Balkanländer im Kampf für einen festgefühten Frieden und demokratische Freiheiten, gegen Aggressoren und Kriegsbrandstifter.

Nach Erörterung der politischen Situation auf dem Balkan empfahl sie den Gewerkschaften, die reaktionären Theorien und aggressiven Pläne der englisch-amerikanischen Imperialistenkreise, die gegen die nationale Unabhängigkeit und die demokratischen Rechte der Völker gerichtet sind, unermüdlich zu entlarven. Natürlich fand die Lage in Griechenland besondere Beachtung. Die Vertreter der Werktätigen der vier Staaten, von denen drei unmittelbar an Griechenland grenzen, sind beunruhigt sowohl über die gesamte Situation in diesem Lande, die den Frieden auf dem Balkan bedroht, als auch über das Schicksal des griechischen Volkes, das seiner demokratischen Rechte und Freiheiten beraubt ist.

Die Beratungsteilnehmer haben Anträge auf Unterstützung des griechischen Volkes in seinem Kampf für demokratische Freiheiten und für die Unabhängigkeit seines Landes ausgearbeitet und der Weltföderation der Gewerkschaften unterbreitet. Die Weltföderation der Gewerkschaften hat bekanntlich wiederholt die griechische Frage behandelt. Die von ihr auf diesem Gebiet ergriffenen konkreten Maßnahmen waren jedoch sehr unbedeutend und wenig effektiv. Die Vollzugsorgane der Föderation beschränkten sich auf Resolutionen, die die Verfolgung der demokratischen Gewerkschaften verurteilen.

Die Gewerkschaftsberatung in Belgrad ruft zu entschlosseneren und wirksameren Maßnahmen auf. Sie schlägt vor, bei der Weltföderation der Gewerkschaften und bei allen nationalen Gewerkschaftsbündnissen in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen „Hilfskomitees für Griechenland“ zu schaffen und durch deren Vermittlung eine großzügige Kampagne zur Unterstützung des Befreiungskampfes des griechischen Volkes einzuleiten.

Die Beratung empfahl weiter, die Gewerkschaften aller Länder dazu aufzufordern, Massenprotestkundgebungen gegen die ausländische Intervention in Griechenland zu organisieren, um die griechische Frage von den betreffenden Regierungen in der UNO aufwerfen und den Abzug der Besatzungstruppen verlangen zu lassen.

Die Beratung in Belgrad und ihre Beschlüsse sind ein wertvoller Beitrag zur Sache der Festigung der Solidarität der europäischen Arbeiterklasse. Sie fördern den Zusammenschluß der Reihen der Weltföderation der Gewerkschaften und die Aktivisierung der Aktionen zum Schutze des Friedens und der Demokratie.

EIN AMERIKANISCHER DEFRAUDANT IN UNIFORM

Der USA-Generalmajor Bennett Meyers bekleidete während des Krieges einen führenden Posten in der Intendantur der Luftstreitkräfte der USA. Als er von diesem Posten zurücktrat, wurde er von seinem Vorgesetzten reichlich belobt. Man verlieh ihm die Distinguished Service Medal (Medaille für vorzügliche Dienste) und den Verdienstorden (Legion of Merit). Um diesem Veteranen der Intendantur die Sorgen für den morgigen Tag abzunehmen, wurde ihm eine Pension von 400 Dollar monatlich ausgesetzt.

Bei alledem ist die Dienstliste des Generalmajors a. D. Meyers jedoch unvollständig geblieben. Die letzten und wichtigsten Eintragungen in diese Liste können erst jetzt vorgenommen werden. Die Grundlage hierfür bilden die Protokolle der Senatskommission für die Untersuchung der Kriegsprofite. Bei der Erforschung der betrügerischen Operationen des großen Flugzeugfabrikanten Howard Hughes stieß diese Kommission zufällig auch auf den Namen Meyers. Es stellte sich heraus, daß der brave Generalmajor ein geriebener Geschäftemacher, Spekulant und Schmiergeldnehmer gewesen ist. Durch vorgeschobene Personen verkaufte er dem War Department die Erzeugnisse seiner eigenen Firma, der Aviation Electric Company. Beim Abschluß von Kontrakten mit anderen Flugzeugfabrikanten erpreßte er von ihnen unter Ausnutzung seiner Stellung in der Armee persönliche Zuwendungen, die sich auf Zehntausende und Hunderttausende von Dollar

belaufen. Im Jahre 1943 verteidigte er mit Schaum vor dem Mund die Unternehmer, die beschuldigt wurden, minderwertige Flugzeuge produziert zu haben, auf denen nicht wenige amerikanischen Flieger ums Leben kamen. Natürlich wurden diese Advokatenreden bezahlt. Außerdem spekulierte Meyers mit Staatsobligationen. Gegen Ende des Krieges hatte er durch verschiedene dunkle Geschäfte an die zwei Millionen Dollar verdient.

Die Entlarvung Meyers hat in Washington einen großen Skandal hervorgerufen, um so mehr, als in seine Affären noch zwei hohe Militärs verwickelt waren: der frühere Befehlshaber der 8. Luftarmee, General Eaker, und der Luftwaffeninspektor Generalmajor Jones. Es stellte sich heraus, daß auch diese Luftpiraten nicht wenig auf dem Kerbholz hatten. Das Luftwaffenministerium beeilte sich, von dem als schuldig entlarvten Meyers abzurücken. Es wurde bekanntgegeben, ihm seien seine Auszeichnungen und sogar die Pension entzogen worden, wiewohl es natürlich zweifelhaft ist, ob die Entziehung von 400 Dollar monatlich dem Haushalt des gerissenen Geschäftsmachers, der sich ein riesiges Vermögen zusammengegrafft hat, ernstlichen Schaden tun wird...

Unter den amerikanischen Businessmen, die sich am Kriege bereichert haben, ist dieser spitzbübische Intendant zweifellos nur ein kleiner Dieb. Aber auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Kampagne, die die amerikanischen Kriegsbrandstifter führen, ist die Geschichte dieses Spekulanten und Schmiergeldnehmers mit den Generalsstreifen äußerst lehrreich.

Die amerikanischen Flugzeugindustriellen, die während des Krieges von Meyers' Diensten Gebrauch machten, sind an der Propaganda eines neuen Wettrüstens aktiv beteiligt. Am 19. November verlangten 600 Vertreter verschiedener Firmen auf einer Sitzung des Nationalen Luftfahrtsrats (National Aviation Council) in Springfield einmütig die sofortige Vervielfachung der Produktion von Kriegsflugzeugen. In herzlichem Einvernehmen mit diesen Industriellen, die auf neue Kriegslieferungen gierig sind, hat der Befehlshaber der Luftabwehr, Generalleutnant Stratemeyer, eine kriegerische Rede gehalten, in der er zur Vergrößerung der Luftstreitkräfte aufforderte. Wer weiß, wieviele gegenwärtige und künftige Meyers im Sitzungssaal in Springfield saßen und sich ausrechneten, welchen Spielraum für Spekulationen und Bereicherungen ihnen die weitere Steigerung der Kriegsproduktion eröffnet!

In Brasilien

(Reisenotizen)

W. SNESHKO

HINTER uns bleibt im Morgennebel Porto Alegre, eine kleine Hafenstadt, durch die die feudalen Pflanzer Südbrasilien — die „Fazendeiros“, wie sie hier heißen — die Erträgnisse ihrer Plantagen — der „Fazendas“ — (Vieh, Baumwolle, Tabak, Reis, Wolle, Mais) ausführen. Der Name der Stadt — Porto Alegre bedeutet „Fröhlicher Hafen“ — erinnert an die vorteilhaften Geschäfte der „Fazendeiros“ und ihre Prassereien. Gegenwärtig scheint das Geschäft nicht allzu flott zu gehen, denn in der Lagune Dos Patos liegen einsam wartend nur einige wenige Prahmen.

Das Flugzeug hat die Hochbauten von São Paulo überflogen. Diese 500 000 Einwohner zählende Stadt ist das Zentrum des Kaffeehandels. Es ist überdies ein Industriezentrum Brasiliens und das Nest brasilianischer Politiker der sogenannten „San-Paul-Dynastie“. In Brasilien bezeichnet das Wort „Paulista“ übrigens sowohl

Kaffee von hoher Qualität als auch einen Politiker von zweifelhafter Qualität.

Unten, auf der trockenen, rotbraunen Erde, zeichnen sich dunkelgrüne Rechtecke ab, zerschnitten von den endlosen Reihen der Kaffeepflanzungen, die wie gekämmt aussehen. Kaffee ist das Haupterzeugnis und der Hauptexportartikel Brasiliens. So war es zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, so ist es noch heute. Von den mit Kaffee bepflanzten drei Millionen Hektar liegen 2 Millionen im Staate São Paulo. Vom Kaffee hängt so ziemlich das gesamte Schicksal São Paulos und ganz Brasiliens ab. Aus diesem Grunde nimmt der Teilstaat São Paulo gegenüber allen übrigen brasilianischen Teilstaaten eine privilegierte Stellung ein. Hier wurden seinerzeit die Präsidenten der Republik ein- und abgesetzt.

Brasilien deckt immer noch etwa 74 Prozent des gesamten Kaffeeverbrauchs der Welt. Aber die Weltmarktkonkurrenz wird stärker, und der

Anteil Brasiliens verringert sich fast mit jedem Jahre. Das frühere Monopol ist dahin. Die brasilianische Regierung hat die allerverschiedensten Maßnahmen ergriffen, um die alte Lage wiederherzustellen, aber nichts hat geholfen. Darauf wurden in den brasilianischen Städten gigantische Scheiterhaufen angezündet, auf denen große Mengen von Säcken mit Exportkaffee verbrannt wurden.

Diese in der ganzen Welt bekannten Kaffee-Autodafés haben ihre Geschichte. Zum erstenmal beschloß die brasilianische Regierung 1934, den „überflüssigen“ Kaffee zu vernichten, um das Preisniveau aufrechtzuerhalten. Anfänglich sollten 4 Millionen Sack Kaffee in der Erde vergraben werden. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Kaffeebohnen nicht nur keine Düngwirkung haben, sondern, im Gegenteil, den Boden ruinieren. Hierauf wurde der in den Speicherhäusern der Hafenstadt Santos — in der Nähe von São Paulo — aufgehäufte Kaffee ins Meer geworfen. Aber auch das mußte man bleibenlassen, da die im Meerwasser sich zersetzenden Kaffeebohnen die Fische zugrunde richteten und die Umgebung mit ihren Miasmen verpesteten.

Schließlich wurde eine neue Methode ausgearbeitet, um an den Kaffeebohnen die „Hinrichtung“ vollziehen zu können — Verbrennung. Nun enthalten Kaffeebohnen 11 Prozent Wasser, und um sie verbrennen zu können, muß man sie mit Petroleum übergießen. Da Brasilien seine eigenen Erdölvorkommen nicht erschlossen hatte, mußte Erdöl zu hohen Preisen aus dem Ausland eingeführt werden. Brasilien verausgabte jährlich etwa 1 Million Dollar, um mit dem „Überfluß“ seiner Kaffeereichtümer aufzuräumen zu können.

Der Wille des Auslandskapitals hat Brasilien zu einem Lande der Monokultur gemacht. Es versuchte wiederholt, seine Wirtschaft auch in anderen Richtungen zu entwickeln, die der Weltmarktnachfrage genügen konnten. Man versuchte es mit Baumwolle, Kakao, Kautschuk, Tabak, Zuckerrohr und Mais, mit der Seidenzucht und mit dem Bananenhandel. Aber die Monopole Englands und der USA, die allmächtigen Gebiete des Weltmarkts, machten allen diesen Versuchen ein jähes Ende. Wie hätte die Viehzucht oder Gefrierfleischindustrie Brasiliens es mit solchen Konkurrenten aufnehmen können, wie den Chicagoer Fleisch- und Konservenkonzernen oder den nordamerikanischen und englischen Gefrierfleischfirmen in Argentinien!

Von einer brasilianischen Industrie kann gar keine Rede sein: sie steckt noch in den Kinderschuhen.

So blieb der Kaffee die Grundlage der brasilianischen Wirtschaft. Aber auch hier prangt das

Etikett „American Coffee Corporation“. Die Kapitalmagnaten der USA machten sich die Wirtschaftsschwierigkeiten Brasiliens zunutze, um den brasilianischen Kaffee für ein Spottgeld aufzukaufen.

In Brasilien wird Kaffee verbrannt, aber guten Kaffee kaufen kann man hier nicht. Ein brasilianischer Wirtschaftsfachmann, der im Flugzeug unser Reisebegleiter war, sagte mir:

„Unser guter Kaffee wird von Yankees, Argentinern, Engländern getrunken — überhaupt von allen möglichen Völkern, nur nicht von Brasilianern. Für uns bleibt Ersatz Kategorie ‚G‘. Es ist übrigens möglich, daß wir bald das Vergnügen haben werden, anständigen Kaffee — unseren eigenen — aus den USA einzuführen, nur mit einem USA-Etikett und zu einem USA-Preis...“

Das Ergebnis ist, daß das größte lateinamerikanische Land*, das über kolossale Möglichkeiten für eine Entwicklung der Landwirtschaft verfügt — eben Brasilien —, Getreide für den eigenen Bedarf aus Argentinien einführen muß. In Restaurants ist sehr oft kein Brot zum Mittagessen zu haben. Im Kleinhandel fehlt es häufig an Fleisch, Zucker, Gemüse und vielen anderen Nahrungsmitteln. Das Land, das Eisen, Mangan, Erdöl, Kohle, Kupfer, Nickel, seltene Mineralien im Überfluß besitzt, verfügt nur über ein paar handwerkliche Kleinfabriken, führt Treibstoff ein und hat keine eigenen Maschinen. Seine Bodenschätze sind fast völlig unerschlossen.

Vor 300 Jahren veranstalteten unternehmungslustige Eroberer, „Bandeirantes“ genannt, weil sie den aus Familienmitgliedern, Freunden, Sklaven und Haustieren bestehenden Kolonnen ihre Familienbanner — „Bandeiras“ — vorantrugen, Expeditionen aus São Paulo ins Landesinnere, in die tropischen Urwälder (Selvas), wo sie Sklaven und Boden zusammenraubten. Die Stellen, die diese „Bandeirantes“ erreichten, bilden in vielen Gebieten des Landes auch heute noch die äußersten Grenzen der Erschließung des Landes. Über diese Schranken hinaus führen keine Eisenbahnen und keine Landstraßen. Jenseits dieser Linien kennt man weder Telegraphen noch Rundfunkempfänger. Riesige Räume im Innern Brasiliens mit ihren unerforschten Reichtümern bleiben „weiße Flecke“ auf der Karte.

Die erschütternde wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes erklärt sich durch die Besonderheiten seiner historischen Entwicklung. Der brasilianische Staat besteht etwa 400 Jahre. Aber während dieser ganzen Zeit hat das Land kein einziges Mal eine freie nationale Existenz

* Brasiliens Bodenfläche mißt 8 511 189 Quadratkilometer — etwas weniger als die Hälfte der Bodenfläche ganz Südamerikas.

gekannt. Anfänglich war es eine Überseebesitzung portugiesischer Kolonisatoren, die die eingeborene Bevölkerung mit außerordentlicher Grausamkeit knechteten und ausplünderten. Drei Jahrhunderte lang war es ein Land der schwarzen Sklaverei: von 1532, wo man die ersten Sklaven — Neger aus Mosambik und vom Kongo — einfuhrte, bis 1888, in welchem Jahre die Sklaverei abgeschafft wurde. In diesen drei Jahrhunderten wurden aus den portugiesischen Kolonien in Afrika über 18 Millionen Sklaven nach Brasilien importiert.

Brasilien blieb auch nach der Proklamierung eines selbständigen „Kaiserreichs Brasilien“ Lissabon untergeordnet. Erst 1889 stürzte eine republikanische Bewegung die Monarchie. Als eine Art Reliquie der Monarchie gibt es übrigens noch immer „brasilianische Thronprätendenten“, die bis auf den heutigen Tag in Rio de Janeiro umherflanieren und von der Republik ausgehalten werden.

Die republikanische Periode Brasiliens ist gekennzeichnet durch die Invasion des Auslandskapitals aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Japan und schließlich den USA. Das Auslandskapital ordnete die Entwicklung der gesamten Wirtschaft des Landes seinen Interessen unter. Die ausländischen Imperialisten jagten nach billigen Rohstoffen und Arbeitskräften. Sie ließen die Schaffung und Entfaltung einer brasilianischen Industrie nicht zu. Brasilien hat während seiner ganzen Geschichte noch nie die Möglichkeit gehabt, über seine Reichtümer im eigenen Interesse zu verfügen. Jetzt, wo das Land unter Mitwirkung der faschistischen Clique Dutra — Góes Monteiro in eine Kolonie des USA-Imperialismus verwandelt worden ist, hat es mit diesen Möglichkeiten endgültig ein Ende.

Die Überbleibsel des sklavenhalterischen Feudalsystems, das in Brasilien, ebenso wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas, noch nicht verschwunden ist, schaffen wirtschaftliche Verhältnisse, die den imperialistischen Interessen durchaus entsprechen. Die Fazendas garantieren die Ausbeutung der Rohstoffquellen zum billigsten Preis und verhindern die Schaffung einer nationalen Industrie. Das auf die persönliche Diktatur des feudalen Fazendeiro gestützte Regime ist ganz nach dem Herzen der nordamerikanischen Monopolisten.

Brasilien mit seiner 45-Millionen-Bevölkerung zählt etwa 500 000 Grundeigentümer. Ungefähr 10 Prozent von ihnen besitzen 77 Prozent des gesamten privaten Bodeneigentums im Lande. Weniger als 1 Prozent der Bevölkerung besitzt ein Sechstel des gewaltigen Territoriums Brasiliens. Es gibt, wie gesagt wird, Fazendas, die größer sind als England oder Portugal.

Der Fazendeiro ist auf seinem Boden allmächtig. Die Lebensbedingungen seiner tagelöhnern Peonen unterscheiden sich kaum von denen der 18 Millionen schwarzen Sklaven, die während der Kolonialzeit nach Brasilien eingeführt wurden. Ebenso wie unter der Sklaverei sind die Weißen die Besitzer des Bodens, während die Schwarzen ihn bearbeiten. Hier pflegt man zu sagen, ein Fazendeiro nehme ein landwirtschaftliches Gerät nur dann in die Hand, wenn er damit einen Peonen prügeln will.

Brasilien ist in unserer Zeit auf den Status eines Rohstoffreservoirs der USA heruntergebracht worden, das überdies noch für Notzeiten konserviert wird. Aus diesem Grunde wird bis auf den heutigen Tag der brasilianische Rohstoffreichtum nur ganz geringfügig erschlossen. So wurden die brasilianischen Erdölvorkommen erst angerührt, als die Imperialisten es nötig hatten, ihre Erdölvorräte aufzufüllen. Der in den letzten Monaten um das brasilianische Erdöl erhobene Lärm — übrigens nicht ohne die persönliche Teilnahme des Präsidenten Truman — ist eine Folge der Militarisierung der USA und ihres Wettrüstens.

* * *

Inmitten ragender Berge taucht, gleichsam unerwartet, Rio de Janeiro auf. Die Berge drängen die Stadt dicht an die große, schöne, an grünen Inseln reiche Bucht von Guanabara. Die Stadt schlängelt sich in einem schmalen Streifen am Ufer dieser Bucht entlang. Die brasilianische Hauptstadt wächst mit ihren Wolkenkratzern in die Höhe und hängt mit kleinen Hütten in den Spalten der Berge.

Nachdem das Flugzeug einen Kreis über der gigantischen Christusstatue beschrieben hat, die über der Stadt auf dem 700 Meter hohen Felsen Corcovado errichtet ist, landet es in dem Flughafen Santos Dumont. In der Stadt war für einen Flugplatz kein Raum, so daß er auf einer künstlich aufgeschütteten Fläche in der Guanabara-Bucht angelegt werden mußte.

Die Einwohner Rio de Janeiros nennen ihre Stadt Rio und sich selbst „Carioken“. In Reiseführern heißt Rio die „Perle Südamerikas“. Meiner Ansicht nach allerdings zeichnet sich die Stadt weder durch Schönheit ihrer Bauten noch durch Planung aus. Die Architektur bietet ein buntes Gemisch von Stilen, Strömungen und Schulen, versetzt mit wohlfeilem Prunk und Geschmacklosigkeit.

Was Touristen auffällt, sind die originellen, mosaikartigen schwarzweißen Bürgersteige der Avenida Rio Branco, die breite Avenida Presidente Vargas, die fashionablen Warenhäuser in der Rua de Ouvidor und die viele Kilometer lange Avenida Beira Mar, deren Palmen die Stadt von

der Bucht trennen. Den Ton gibt in der brasilianischen Hauptstadt aber die Natur an.

Die Berge bedrängen die Stadt und teilen sie in Bezirke. Aus der Praia Flamengo kann man in das benachbarte Botafogo nur gelangen, wenn man um eine hohe Felskette herumfährt. Will man in den Bezirk Copacabana gelangen, so sind die durch die Berge gelegten finsternen und schmutzigen Tunnels zu benutzen, die den Schauplatz häufiger Kraftwagen- und Straßenbahnkatastrophen bilden. In der Nacht spiegeln sich die glitzernden Lichter der Stadt im Wasser und verlieren sich in den Bergen, um auf der anderen Seite des 400 Meter hohen Felsens Pao de Assucar, des „Zuckerhuts“, der die Einfahrt in die Guanabara-Bucht gleichsam bewacht, wieder aufzutauchen. Ein wirklich schöner Anblick.

Die Rio Branco und die Rua de Ouvidor sind die zentralen Arterien der Stadt. Hier hört man überall Englisch und häufige Gespräche über Dollars, hier findet man eine gesprächige, lärmende Menge, die Melodien des modischen Komponisten Ary Barroso, Geschäfte, Cafés, Restaurants, Kasinos. Mit dem „Bonde“ aber, einer offenen Straßenbahn ohne Fenster, Wände und Türen, gelangt man in 15 Minuten in ein anderes Rio de Janeiro, in ein anderes Brasilien, von dem in den Reiseführern nichts geschrieben steht. Die Reiseführer besingen die Reize des Kasinos „Copacabana“ oder den Komfort des Hotels „Quitandinha“, wo vor kurzem Truman, Marshall und Vandenberg einen Block der lateinamerikanischen Länder unter dem Kommando der USA zusammenzimmerten.

In diesem anderen Rio lebt das Volk der Arbeit. Die Distanz zwischen dem geschmacklos luxuriösen Palacio Catete des Präsidenten und den Lehm- und Steinhütten, die von Bambusstäben gestützt und mit verrostetem Wellblech bedeckt sind, ist unermesslich viel größer als die paar Kilometer, die unsere Straßenbahn zurückgelegt hat. Eine derartige Kluft trennt den Palast des Sklavenhalters von der Hütte des Sklaven. Diese Hütten sind wahrscheinlich vor 60 oder 70 Jahren errichtet worden, als in Rio noch vier große öffentliche Märkte für schwarze Sklaven bestanden.

Man kann sich kaum vorstellen, daß dies Behausungen freier Menschen unserer Zeit sein sollen. Es ist schwer zu glauben, daß in so armseligen Erdhütten Menschen in einem Lande leben, das nicht weiß, was Krieg ist. Nichtsdestoweniger ist für viele Bürger der brasilianischen Hauptstadt auch eine solche Hütte ein unerschwinglicher Luxus. In dem eleganten Rio schlafen Tausende von Obdachlosen im Schatten der Bananenbäume, zugedeckt mit einem breiten Blatt, in den Schluchten zwischen den Felsen, auf Friedhöfen, in den Tunnels, auf den steinernen Bänken der Boule-

vards oder einfach auf dem sandigen Strand, hinter der Balustrade der Avenida Beira Mar.

Die Touristenführer bringen amerikanische Touristen in das Negerviertel Morro do Salgueiro. Hier zeigt man ihnen den religiösen Negertanz „Macumba“. Sie hören eine neue „Samba“ oder „Marchinha“, vorgetragen von einem Neger, der sich selbst auf der Gitarre oder dem Banjo begleitet. Der Tourist wirft dem Musikanten einen Cruzeiro zu. Er macht sich weiter keine Gedanken darüber, wie kümmerlich tausende derartige Neger oder handwerkende Mulatten vegetieren und dahinsterven.

In diesen Vierteln von Rio herrschen Hunger, Tuberkulose, Lepra, Trachom, Typhus, Ruhr. Hier sterben die Kinder an der Rachitis.

Nach Angaben des brasilianischen Soziologen Isaias Alves, die schon 1939 veröffentlicht wurden, steht Brasilien mit seiner Kindersterblichkeit in der Welt an zweiter Stelle. Ärztliche Hilfe ist äußerst kostspielig. Für arbeitende Menschen gibt es nur den Quacksalber — „Curandeiro“ —, der für einige Kupfermünzen seine analphabetischen Patienten mit Hokuspokus und Tamtan „behandelt“. Alles das geschieht nicht in den Urwäldern Afrikas, sondern in der Nähe der zentralen Straßen Rio de Janeiro.

Das erschütternde Elend der Werktätigen dieses reichen Landes ist der Hauptcharakterzug Brasiliens. Die volkstümlichen „Romanceiros“ besingen das „Land der großen Armut“, das ausgeplünderte, gequälte, hungernde Brasilien.

„Die Werktätigen Brasiliens leben heute in Verhältnissen, die nur mit der Lage der Sklaven im Mittelalter vergleichbar sind“, sagte der Abgeordnete Antonio Silva im Oktober 1947 in der Kammer.

Die Regenten Brasiliens haben seine Bevölkerung zu Finsternis und Unwissenheit verdammt. 80 — achtzig! — Prozent der schulpflichtigen Kinder besuchen die Schule nicht. 28 bis 30 Millionen Brasilianer können weder lesen noch schreiben. Man erzählte mir, das Lehrsystem und das Schulprogramm in den vorhandenen Schulen hätten sich seit der Kolonialperiode nicht geändert. Die Jesuiten, die die Schulen fest in ihre Klauen genommen haben, verhindern jede Modernisierung der Schulbildung.

Die faschistische Dutra-Camarilla regt sich hierüber natürlich wenig auf. Im Gegenteil: Analphabeten und Hungernde lassen sich leichter ausbeuten. In Rio wiederholt man die sarkastischen Worte eines Brasilianers:

„Brasilien kann nur in der Nacht Fortschritte machen, wenn seine Machthaber schlafen...“

Man braucht nicht lange in Brasilien zu leben, um sich davon zu überzeugen, wie, um es milde zu sagen, unpopulär seine jetzigen Machthaber

sind. Allerdings blickt sich, sobald Dutra im Gespräch erwähnt wird, der Carioko anfänglich um, ob kein Gendarm in der Nähe ist, dann aber macht er seinen Gefühlen Luft, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Ein Carioko, dessen Namen ich wegen des Polizeiterrors in Brasilien nicht erwähnen will, sagte mir einmal:

„Die portugiesischen Sklavenhändler, die Negerklaven vom Kongogebiet nach Brasilien brachten, hießen ‚Tumbeiros‘ — Totengräber. Über uns hängt der unheilverkündende Schatten Dutras, dieses Tumbeiros, der Brasilien und sein Volk an die USA verkauft...“

Die regierende Clique Brasiliens war eng verbunden mit den deutschen Faschisten. Seit 1937 kamen Eurico Gaspar Dutra, damals Kriegsminister, Generalstabschef Pedro Aurelio Góes Monteiro, der Henker des brasilianischen Volkes Filinto Müller, der Häuptling der integralistischen (faschistischen) Banden Plínio Salgado, der Knüppelgardengeneral Newton Cavalcanti, der geistige Urheber des brasilianischen Faschismus Francisco Campos und ihr übriges Gelichter den Weisungen des Hitlerstatthalters in Rio, des „Landeskreisleiters“ Hans Henning von Kossel, nach.

Kossel, der sich eng mit Dutra verfilzt hatte, proklamierte: „Deutschland und Brasilien ergänzen einander“. Damals hingen an Häusern in Rio de Janeiro und São Paulo Aufschriften in deutscher Sprache: „Auch hier ist ein Stück Deutschland“. In den Teilstaaten Rio Grande do Sul, Santa Catharina und Paraná marschierten Hitlerfaschisten mit entrollten Hakenkreuzfahnen durch die Straßen. Die Kolonie deutscher Einwanderer in Brasilien zählte etwa 1 Million Menschen, von denen, wie behauptet wird, 95 Prozent „mit Hitler sympathisierten“. Im Mai 1940 erhielten Dutra und Góes Monteiro von Hitler das Eiserne Kreuz wegen „wertvoller Dienste für Deutschland“, wie die Verleihungsurkunde besagte.

Im Herbst 1940 fuhr Góes Monteiro mit seinem Hitlerkreuz nach Washington zu General George Marshall, dem Chef des USA-Generalstabs.

Nach der Niederwerfung des hitlerfaschistischen Deutschlands beeilte sich Dutra, seinen „Führer“ zu vergessen, wischte sich die Tränen ab und stellte sich auf Washington um. „Ein Hund kann nicht ohne Herrn leben“, pflegt man in Lateinamerika zu sagen. Auf dem Posten des Präsidenten angelangt, versteckte Dutra das „Eiserne Kreuz“ Hitlers und stellte eine enge und ständig funktionierende Verbindung mit der USA-Botschaft her.

Dutra leistet den USA-Imperialisten die verschiedenartigsten Dienste. Auf den panamerikanischen Konferenzen spielt die brasilianische Delegation den Lakaien der USA-Delegation. Nach

Lake Success schickte Dutra Dr. Oswaldo Aranha, einen alten Handlanger der USA.

Oswaldo Aranha ist seiner Herkunft nach „Paulista“, obgleich er in Rio Grande geboren wurde. Dieser abgebrühte, verschlagene und vorsichtige Politiker verstand es früher, geschickt zwischen Hitlerdeutschland und den USA zu balancieren. Als Hitler den Krieg entfesselte, ernannte Aranha, der damals Außenminister geworden war, seinen Vetter Cyro de Freitas Valle, den damaligen stellvertretenden Außenminister, zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in Berlin. Ein anderer Vetter Aranhas, Olava Egidio da Souza Aranha, leitete damals die Firma Monteiro & Aranha, die die deutsche Schröderbank vertrat. Diese Bank ist bekanntlich eng verbunden mit englischen und amerikanischen Banken. Die Firma Aranha kontrollierte den Löwenanteil des deutsch-brasilianischen Handels. Olava Egidio da Souza Aranha wurde in Deutschland erzogen und war ein Freund Görings.

Dr. Oswaldo Aranha pflegte stets „auf zwei Pferde zu setzen“, und die amerikanischen Zeitungen feiern ihn als einen „Apostel der Demokratie“. Nachdem die USA-Delegation es durchgesetzt hatte, daß er zum Vorsitzenden der zweiten Tagung der UNO-Generalversammlung gewählt wurde, gab Aranha sich die größte Mühe, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Heute erreicht der Flirt zwischen dem faschistischen Demokraten Dutra und den Washingtoner demokratischen Faschisten seinen Höhepunkt.

Die USA lenken die Außenpolitik Brasiliens. USA-Kapital bemächtigt sich der führenden Wirtschaftspositionen im Lande und verdrängt energisch die englischen Investitionen, die noch 1931 etwa anderthalb Milliarden Dollar ausmachten. Der USA-Imperialismus weist Brasilien die Rolle eines Gendarmen gegenüber den übrigen Ländern Lateinamerikas an, der helfen soll, die nationale Befreiungsbewegung in diesen Ländern zu unterdrücken. Die brasilianische Armee wird zu einer Fremdenlegion für die USA-Armee. Während des Krieges gewährten die USA auf Grund des Lend-Lease Brasiliens für 290 Millionen Dollar verschiedene alte Waffen: fast drei Fünftel aller den lateinamerikanischen Ländern (ohne Argentinien) überlassenen Kriegsgeräte.

Auf Weisung seiner amerikanischen Gebieter und gegen den Willen des brasilianischen Volkes brach Dutra die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, die in den letzten Monaten des Krieges unter dem Druck der Volksmassen von der früheren Regierung Brasiliens hergestellt worden waren.

USA-Agenten lenken auch die Innenpolitik der brasilianischen Regierung. Brasilien ist in ein Gefängnis verwandelt. Hier herrscht ein Regime

des Terrors und der Gewalttaten. Die von Filinto Müller geleitete und mit Hilfe von Hitlerinstruktoren nach dem Muster der Gestapo geschaffene Polizei wütet. Die Gendarmen, die im Volk „Schlächter“ genannt werden, verhaften auf Straßen und Plätzen, in Häusern und Restaurants nicht nur bekannte demokratische Persönlichkeiten, sondern überhaupt alle, die der Sympathie mit der Demokratie verdächtig sind. Die Verhafteten werden unmenschlich gefoltert und zu einem langsamen und qualvollen Tod nach der Insel Fernando Noronha verbannt.

Die brasilianischen Machthaber haben die Kommunistische Partei und ebenso alle anderen fortschrittlichen Organisationen verboten. Wer nicht mit dem Faschismus sympathisiert, wird als Kommunist bezeichnet. Kommunisten aber stehen außerhalb des Gesetzes. Die Gendarmerie Filinto Müllers suchte einmal auf Grund einer Liste „besonders gefährlicher Personen“ lange Zeit nach einem Bürger Viktor Hugo, der, wie die Polizeiberichte anzugeben wußten, das „kommunistische“ Buch „Les Misérables“ geschrieben haben sollte, ein Buch, das angeblich gegen Filinto Müller, Dutra, Newton Cavalcanti und andere Säulen des jetzigen Regimes gerichtet war. Die gleiche Polizei suchte lange und vergeblich nach dem brasilianischen Dichter Antonio de Castro Alves, der sich erdreistet hat, „Die Freiheit stirbt nicht“ zu schreiben. Diese schon 1868 geschriebenen Worte leben, und die Gendarmen wußten nicht, daß der Dichter, der sie schrieb, 1871 gestorben ist. Das sind keine Anekdoten, sondern Szenen aus dem politischen Alltag des modernen Brasiliens.

Der tierische Haß gegen alles Fortschrittliche und Demokratische macht die brasilianische Reaktion blind. Dieser Haß entspringt der Furcht vor dem eigenen Volke. Das von Dutras beschränkten Kommißseelen erlassene Dekret, das „extremistische Ideen“ verbietet, untersagt den Menschen das Denken. Dutra möchte allen

wahren Patrioten Brasiliens, allen, die sein Recht auf freie nationale Existenz zu verteidigen suchen, den Mund stopfen.

* * *

Auf der Heimreise besuchten wir kurz auch die kleine, in tropischen Urwäldern verlorene brasilianische Stadt Belem in der Nähe der Amazonas-mündung. Hier wurde das Flugzeug der Luftfahrtgesellschaft zwecks technischer Überholung aufgehalten, und die Passagiere hatten Zeit, nach der Stadt zu fahren, die einige Kilometer von dem Flughafen entfernt liegt.

An den weißen, aus gestampftem Lehm bestehenden Wänden dieses Städtchens, die unter den Strahlen der äquatorialen Sonne glänzten, sahen wir schon aus der Ferne Aufrufe, die mit roter Farbe in großen Buchstaben angeschrieben waren: „*Tod dem Faschismus in Brasilien!*“, „*Nieder mit den Verrätern der Heimat, die das Land an den ausländischen Imperialismus ausliefern!*“, „*Es lebe die Kommunistische Partei Brasiliens!*“

Hoch über dem weißen Kalk der Wände sah man die Embleme der Kommunistischen Partei und Bilder von Luiz Carlos Prestes aufgemalt, den das Volk „Cavaleiro da esperança“ (Ritter der Hoffnung) nennt. Man konnte erkennen, daß irgend jemand — Faschisten oder Polizisten — diese Aufschriften, die offenbar während der letzten Wahlkampagne angebracht worden waren, hatte entfernen wollen, aber irgendeine Hand hatte das Vernichtete geduldig und hartnäckig wiederhergestellt.

Trotz bestialischer Verfolgungen und Polizeiterrors leisten die werktätigen Massen Brasiliens, wie die Nachrichten aus diesem Lande besagen, der regierenden Clique käuflicher Subjekte Widerstand. Sie widersetzen sich der antinationalen, volksfeindlichen, faschistischen Politik dieser Söldlinge, die sich einer gewissenlosen und verlogenen Demagogie als Hülle bedient.

In Söul

Major N. LAZINNIK

IM September d. J. hatte ich zweimal dienstlich in Söul, in der amerikanischen Besatzungszone Koreas, zu tun.

Die Stadt Söul liegt zwei Eisenbahnstunden von der Grenze entfernt, die die Sowjetzone von der

amerikanischen Zone trennt und auf dem 38. Breitengrad verläuft.

Die sowjetisch-amerikanische gemischte Korea-kommission, die gebildet wurde, um den Zusammenschluß Koreas und die Schaffung einer

provisorischen demokratischen Regierung für ganz Korea zu betreiben, konnte infolge der Unnachgiebigkeit der USA-Delegation dieser Aufgabe bisher nicht gerecht werden. Daher ist das von der 40jährigen Japaner knechtschaft befreite Korea nach wie vor in zwei Teile geteilt. Zwischen P-hjông-jang, der Hauptstadt Nordkoreas, und Söul gibt es eine doppelgleisige Eisenbahnstrecke. Obwohl sie in gutem Zustand ist, besteht zwischen den beiden Zonen kein regelmäßiger Personenverkehr. Wir reisten mit einem Sonderzug und nahmen einen offenen Güterwagen mit Kohle für die Rückfahrt mit.

Solange wir durch Nordkorea fuhren, sahen wir überall Anzeichen regen Lebens und Wiederaufbaus. In der Stadt Sariông rauchten die Fabrik-schornsteine, Güterzüge mit Zement, Kohle und Erz kamen uns entgegen, in den Bahnhofsspeichern wurde mit Hochdruck gearbeitet.

Südlich des 38. Breitengrads änderte sich das Bild. Menschenleere, mit Gras und spärlichen Bäumen bestandene Hügel, winzige grüne Reisfelder, halbnackte koreanische Pächter mit zerrissenen Strohütten. Vom Morgengrauen bis zum Sonnenuntergang fronen sie auf den Feldern des Gutsbesitzers. Heilige Vögel — weiße Störche — steizen gravitatisch neben dem Schienenstrang einher; sie lassen sich von den selten vorüberfahrenden Zügen nicht stören. Die mit Hirsestroh gedeckten Lehmhütten heben sich von den sandigen Hängen kaum ab, sie erinnern an Reisighaufen.

Söul, die Residenz der letzten Kaiser von Korea, erstreckt sich kilometerweit. Die Stadt hat über eine Million Einwohner. Auch der japanische Generalgouverneur hatte hier seine Residenz aufgeschlagen. Jetzt haben sich die amerikanische Militärregierung sowie amerikanische Truppen in Söul niedergelassen.

Die Straßen von Söul bilden ein wahres Chaos. Sie sind architektonisch unansehnlich und voller Kontraste. Das Stadtzentrum weist schmale und breite Asphaltstraßen mit vielstöckigen, in westlichem Stil erbauten Häusern und eleganten Schaufenstern auf. Gleich daneben aber erheben sich von Grün überwucherte Mauern, in die ein japanischer Tempel eingesprenzt ist. Das sind Überreste der alten inneren Stadtmauer.

Die japanischen Tempel des 20. Jahrhunderts sind einander ähnlich und erstaunlich armselig in ihrer Ausführung. Ein ebenerdiges rechteckiges Gebäude, das von dem hohen viereckigen Dach aus schweren grauen Dachziegeln förmlich zu Boden gedrückt wird. Das Dach ist mit Steingutdrachen verziert, es zeigt geschnitzte, spitzenartig durchbrochene und bunthemalte Eckspalten, sein herabhängender Rand wird von Säulen getragen.

Nur wenige Gebäude dieser großen Stadt sind sehenswert, darunter die ehemalige Residenz des Generalgouverneurs, in der jetzt die USA-Militärregierung untergebracht ist. Dieser vielstöckige graue Bau mit runder Kuppel, Säulengang und breiter Freitreppe scheint seine Seitengebäude wie schwere Flügel über der Stadt auszubreiten. Dichte Bäume verdecken im Hof zwei schöne weiße Gebäude des Tuksu, des Palastes der letzten koreanischen Kaiser. Sie sind nur von der Rückseite her zu sehen. Dort fanden jetzt die Sitzungen der gemischten Koreakommission statt. In nächster Nähe, nur ein paar Häuserblocks weiter, beginnt das wirre Dschungel der engen Gäßchen mit aneinanderklebenden, auffälligen Häuschen, mit dem Schmutz und der Dürftigkeit der kleinen Krämerläden und Werkstätten.

Im Süden der Stadt ziehen sich endlose, hohe, schnurgerade Mauern und die trübseligen Steinbaukästen der einstöckigen japanischen Kasernen hin, in denen eine amerikanische Division mit zahlreichen Hilfseinheiten Quartier genommen hat.

Einige Gebäude und Kasernen sind erst in den letzten beiden Jahren von den Amerikanern gebaut worden, wodurch der Eindruck entsteht, daß man sich hier für lange Zeit häuslich niedergelassen hat. Zwischen den Kasernen sind Schießstände und Schießplätze angelegt. Das unaufhörliche Dröhnen der Schüsse übertönt den Straßenlärm.

Im Norden Söuls liegen die grünen „japanischen Viertel“. Zu beiden Seiten der engen Gäßchen erstrecken sich Mauern, hinter denen ebenerdige Häuschen in japanischem Stil hervorlugen. Jedes dieser Häuschen hat 6—7 Zimmer und steht inmitten eines Gärtchens. Früher wohnte hier die japanische Beamtenaristokratie. Jetzt sind die Straßen von „Jeeps“ verstopft, in allen Häusern wohnen amerikanische Militärs und Angestellte der zahlreichen Militärbehörden.

Der Verkehr in den Straßen Söuls, besonders im Stadtzentrum, ist sehr rege. „Jeeps“, „Dodges“, Personen- und Kraftwagen verschiedenster amerikanischer und japanischer Marken bilden einen dichten, nie versiegenden Strom. Ohrenbetäubend klingeln die überfüllten Straßenbahnen, im Schneckenrhythmus fahren Pferdebahnen, zehnsitzige Sperrholzkästen mit einem Kutscher auf dem Bock und einer Schindmähre davor. Dicht neben dem Bürgersteig bewegen sich Radfahrer und schwer atmende, halbnackte Rikschakulis, die zierliche zweirädrige Wägelchen ziehen. Ihr Fahrgast ist meist ein träge zurückgelehnter, feister koreanischer Aristokrat oder ein halbbetrunkener amerikanischer Soldat.

An den meisten Straßenkreuzungen fehlen die Verkehrsampeln. Die koreanischen Verkehrspolizisten haben meist keinen festen Standort. Sie laufen zwischen den dichtgedrängten Verkehrsmitteln hin und her und weisen ihnen mit raschen Handbewegungen die Richtung. Es sieht aus, als ob die Männlein in grauer Uniform in der dichten Staubwolke irgendwelchen unsichtbaren Schmetterlingen nachjagten oder mit irgend jemand Tennis spielten. Trotz aller Behendigkeit der Verkehrspolizisten wickelt sich aber der Verkehr im Zentrum mit großen Stockungen ab. Um die verlorene Zeit einzubringen, schießen die amerikanischen Autos in rasender Geschwindigkeit dahin, überholen einander und schrecken oder überfahren Fußgänger, ohne sich an irgend etwas zu kehren.

Abends ist die Stadt hell erleuchtet. Grell erstrahlen die Schaufenster, bunt flammen die Leuchtröhren der Lichtreklame auf, unangenehm blenden die Scheinwerfer, die längs der Hauptstraßen und rings um die Plätze aufgestellt sind.

Die Kraftwerke Südkoreas sind durchaus imstande, diesen Teil des Landes mit Strom zu versorgen, aus Mangel an Kohle aber sind sie stillgelegt. Die Wasserkraftwerke Südkoreas können den Bedarf nur zu 25—30 Prozent decken. Daher muß Südkorea 70—75 Prozent des erforderlichen Stroms aus dem Norden beziehen.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung Koreas hat das Volkskomitee Nordkoreas vom Herbst 1945 ab ununterbrochen Strom in unbeschränkter Menge und noch dazu auf Kredit nach jenseits des 38. Breitengrads geliefert.

Vertreter des amerikanischen Oberkommandos haben ein Abkommen über die Naturalbezahlung des ganzen bis zum 1. Juni d. J. verbrauchten Stroms unterzeichnet. Bisher aber hat Nordkorea Waren erhalten, deren Wert nicht einmal die Kosten des 1945 gelieferten Stroms deckt.

* * *

Söul liegt am Flusse Hangang und ist auf allen Seiten von Bergen umgeben. Ein hoher steiler, von dichtem Grün bestandener Berg, der Namsan (Südlicher Berg), dominiert die Stadt, die sehr staubig ist. An einem klaren sonnigen Tag sind vom Gipfel des Namsan aus kaum die nächsten Stadtteile durch die dicken grauen Staubwolken zu erkennen.

Die neuen Machthaber dieser großen Stadt haben die Wasserversorgung stark vernachlässigt und können nicht einmal eine so einfache Sache wie die Sprengung der Straßen veranlassen.

Die zahlreichen Fabriken von Söul tragen an der Verschmutzung der Stadt keine Schuld, da sie fast sämtlich stillgelegt sind. Nur kleine Heim-

werkstätten sowie einige kleine Textil- und Lebensmittelabriken sind in Betrieb. Ein großer Teil der Maschinen der stillgelegten Betriebe ist verschleppt oder verschachert worden, die Fabrikttore sind verschlossen, vor den menschenleeren Fabrikhallen stehen koreanische Wächter.

Es ist ganz klar zu erkennen, daß den amerikanischen Machthabern Südkoreas nichts an einer Wiederherstellung der Industrie liegt.

Auch die ganze Kommunalwirtschaft und die städtischen Gebäude tragen den Stempel der Verwahrlosung. Das Kunstmuseum ist geschlossen, in seinem Hof ist eine koreanische Polizeischule untergebracht. Ein riesiger Park, der Dutzende von Hektar einnimmt, und der Zoologische Garten Tschangjengjong sind zwar offen, aber 90 Prozent der Tierkäfige sind leer, die Wege, die zu ihnen führen, sind mit dichtem Gras verwachsen.

Als kulturelle Zerstreuungsstätten stehen der Million Einwohner von Söul nur einige Lichtspielhäuser zur Verfügung, in denen die faden Kriminalfilme und pornographischen Machwerke Hollywoods gezeigt werden.

Ein bedeutender Teil der Einwohner Söuls befaßt sich mit Kleinhandel, wohl deshalb, weil es nur beschränkte Möglichkeiten gibt, sich durch produktive Arbeit zu ernähren. Auf Schritt und Tritt stößt man auf Krämerläden, die alle die gleichen armseligen Waren feilbieten: ein paar Flaschen Limonade, Bier, koreanischen Schnaps, genannt „Suri“, ein paar Kisten Obst, ein paar Tuschfetzen und Galanteriewaren, alles mit einer dicken Staubschicht bedeckt. Der Inhaber hockt teilnahmslos und in sein Geschick ergeben am Eingang und dankt dem Käufer von ein paar Äpfeln lange und überschwenglich.

Durch das Stadtzentrum zieht sich eine lange enge Straße, die sogenannte Handelsstraße, an der nur Läden liegen. Sie ist für den Wagenverkehr gesperrt, zu beiden Seiten stehen in dichter Reihe Leute und bieten Taschentücher, koreanische Zigaretten und anderen Kleinkram zum Kauf an, unter dem Rockschoß aber halten sie Artikel feil, die der amerikanische Soldat mit seiner Ration ausgehändigt bekommt: amerikanische Zigaretten, Kaugummi, Konserven.

In den Geschäften sieht man fast keine Käufer. Die Preise sind unglaublich hoch. Ein Taschentuch, das einem in den Händen zerfällt, kostet 50 Jen, ein ganz gewöhnliches Paar Schuhe mehrere tausend Jen. Wer in Lohnarbeit steht, kann sich mit seinem Monatseinkommen von 1000 bis 1500 Jen hier nichts anschaffen.

Alle Waren sind entweder von örtlichen Kleinwerkbetreibenden hergestellt, oder sie stammen aus Japan und China. Amerikanische Waren gelangen nicht in diese Läden. Wie uns amerikanische

Beamte erklärten, können die Businessmen das koreanische Papiergeld nicht brauchen, für koreanische Waren aber sei in den USA kein Absatz vorhanden.

Offiziell ist der Kurs der koreanischen Währung auf 50 Jen pro USA-Dollar festgesetzt. Die Banken wechseln aber im allgemeinen Jen nicht gegen Devisen ein, und auf der schwarzen Börse kostet der Dollar 300—350 Jen. Es werden nur geringfügige Summen eingewechselt, wie die amerikanischen Soldaten sie für koreanische Frauen oder koreanischen Schnaps auszugeben pflegen.

In den nur Amerikanern gegen Ausweis zugänglichen Läden gibt es gute amerikanische Waren, die aber nur gegen Dollar und nur an Staatsbürger der USA streng rationiert abgegeben werden. In diesen Läden wird an bestimmten Tagen ein billiger Ausverkauf von Seidenstoffen, Geschirr und Kunstgewerbeartikeln veranstaltet, die bei der Bevölkerung gegen entwertete Jen aufgekauft worden sind.

An solchen Tagen bildet sich vor den Läden lange vor der Eröffnung eine Schlange amerikanischer Militär- und Zivilpersonen.

Für Verrechnungen mit der Bevölkerung emittiert die amerikanische Militärregierung Papier-Jen, die sich fast gar nicht von dem alten japanischen Jen unterscheiden. Die unkontrollierte Vermehrung des in Umlauf befindlichen Papiergelds verursacht eine unaufhörliche Preissteigerung.

* * *

Während wir mit Amerikanern zu tun hatten, mußten wir mit ansehen, mit welcher Verachtung sie die Koreaner als nicht vollwertige Angehörige einer niederen Rasse behandeln. Oberstleutnant Charles Myers, ein Beamter der Militärregierung, regte sich einmal über die Schwerfälligkeit der koreanischen Eisenbahner auf und sagte dabei unverblümt, die Koreaner seien „auch nur Neger“, in den USA aber „vertraue man“ Negern das Ziehen nicht an. Um das Verladen von Kisten in einen Waggon zu beschleunigen, warf derselbe Oberstleutnant Fünfcentspackchen amerikanischer Zigaretten zwischen den Kistenstapel und die Speicherwand. Selbstzufrieden schmunzelte er im Vorgefühl des Genusses, den ihm „die Keilerei zwischen diesen Niggern“ verschaffen sollte, sobald sie an die Zigaretten herankommen würden.

Der Oberstleutnant aber sah sich um das erwartete Vergnügen betrogen. Nachdem die Lastträger die Kisten verladen hatten, teilten sie ruhig und traurig die gefundenen Zigaretten, die sie sich in stundenlanger Schwerarbeit, unter Verzicht auf die Mittagspause hatten verdienen müssen.

Ein anderer amerikanischer Offizier, Oberleutnant Nelligan, brachte einmal durch einen starken Faustschlag einen koreanischen Lastträger, der eine schwere Last auf den Schultern trug, zu Fall, da dieser ihn im Vorbeigehen unversehens am Ärmel gestreift hatte.

Bei offiziellen Empfängen und vor der Photokamera sind Vertreter der amerikanischen Verwaltung genötigt, ihren koreanischen Marionetten die Hand zu schütteln und mit ihnen an einem Tisch zu sitzen. In der Praxis aber haben sie die wüsten Unsitten der Sklavenhalter von Südkarolina nach Südkorea verpflanzt. Die Amerikaner bewohnen die schönsten Häuser der Stadt. Kein Koreaner darf es wagen, einem Hotel, Café, Kino, Restaurant oder Eisenbahnwaggon nahe zu treten, die für Amerikaner reserviert sind.

Laut Beschluß der Moskauer Dreiministerberatung sollte der Aufenthalt von Sowjettruppen und amerikanischem Militär in Korea einer vorübergehenden Treuhänderschaft und Unterstützung des koreanischen Volkes bei der Errichtung eines souveränen demokratischen Staates dienen. Die Amerikaner aber benehmen sich in Südkorea wie in einer Kolonie der USA.

Die amerikanische Militärregierung zielt mit ihrer Tätigkeit im Grunde genommen nur darauf ab, Südkorea in ein Aufmarschgebiet des nach Expansion dürstenden USA-Imperialismus auf dem asiatischen Kontinent zu verwandeln. Industrie, Landwirtschaft, Handel — alles wird sich selbst überlassen. Dagegen hat man in Rekordzeit eine Rollbahn völlig rekonstruiert oder vielmehr neu angelegt, die durch ganz Südkorea, vom äußersten Süden, dem Hafen Pusan, nach Norden über Söul bis zum 38. Breitengrad führt. Mit ebensolcher Eile werden Querstraßen in der Richtung des 38. Breitengrads angelegt, die keineswegs für den Zivilverkehr Bedeutung haben. Nicht weniger eingehend befaßt man sich mit den Eisenbahnen.

* * *

Als Generaloberst Schtykow am 26. September auf der Sitzung der gemischten Koreakommission im Namen der Sowjetregierung vorschlug, Anfang 1948 die Truppen aus Korea abzuberufen und den Koreanern die Bildung ihrer Regierung mit eigenen Kräften zu ermöglichen, waren die Vertreter der USA zuerst verlegen. General Brown, der den Vorsitz führte, schloß eiligst die Sitzung und erklärte, er müsse erst bei seiner Regierung anfragen. Mr. Fuller aber, ein Beamter der amerikanischen Militärregierung, mit dem wir zu tun hatten, fragte am nächsten Tage erstaunt: „Wozu wollen die Russen eigentlich aus Korea abrücken? Sind Sie denn am Busineß nicht interessiert?“

Während unseres kurzen Aufenthalts in Söul sahen wir auf Schritt und Tritt, wie dort das Busineß gehandhabt wird. Durch die Straßen marschieren Einheiten speziell geschaffener einheimischer Militärformationen, Abteilungen koreanischer Marineinfanterie, Kolonnen des faschistischen Verbands der koreanischen Jugend mit grünen Fahnen, die drei kleine Sterne im weißen Kreis zeigen.

Amerikanische Militärpolizei und koreanische Polizisten überwachen jeden Schritt der Einwohner Söuls. Die „MP“ (Military Policemen), hagere, baumlange Kerle mit riesigen Metallhelmen und Hieb- und Schußwaffen, stehen an allen Ecken herum.

Auch die koreanischen Polizisten tragen unverhältnismäßig große Helme; diese sind jedoch aus Kork und zeigen vorn ein großes Blechemblem — einen Adler mit ausgebreiteten Schwingen, der sich an einem Blütenzweig festkrallt. Das Symbol gibt zu denken. Fest hält der räuberische Polizeiadler Südkorea in seinen Fängen. An jeder Straßenecke, ja, fast vor jedem Haus steht Polizei. Fußgänger und koreanische Kraftwagen werden ständig angehalten und zum Vorzeigen der Papiere aufgefordert.

Was Wunder also, wenn unsere koreanischen Begleiter aus P-hjông-jang ihre Freizeit möglichst

in unserem Eisenbahnwagen zubrachten. Einige von ihnen konnten jedoch der Berührung mit den Segnungen der westlichen Demokratie, die Südkorea aufgezwungen wird, nicht entgehen. Hier ein Beispiel:

Am 13. September schleppten koreanische Polizisten auf dem Bahnhof unseren Begleiter Thongthiathong vom Volkskomitee Nordkoreas auf die Wache, ließen ihn in der Ecke niederknien und schlugen auf ihn ein. Nur das rechtzeitige Eingreifen des herzugeeilten Sowjetoffiziers rettete Thongthiathong davor, die demokratischen Zustände in Südkorea allzu ausgiebig am eigenen Leibe erproben zu müssen.

* * *

Am Tage unserer Abreise, dem 29. September, fanden in Söul von reaktionären Elementen veranstaltete Kundgebungen statt, die Resolutionen annahmen, in denen die amerikanischen Truppen gebeten werden, Südkorea nicht zu verlassen. Diese Liebedienerei kann jedoch den wahren Willen des koreanischen Volkes nicht vertuschen. Trotz aller hanebüchenen Lügen der zahlreichen Söuler Zeitungen begreift das koreanische Volk doch, wer ihm wirklich wohlwill und wer in Korea nur aufs Busineß bedacht ist.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Die vier Familien der chinesischen Plutokratie

W. AWARIN

Die riesigen Überschwemmungen, die der Huangho regelmäßig in China hervorruft, sind nichts im Vergleich zu den uferlosen Propagandaströmen, mit denen die Kuomintangleute nicht nur ihr eigenes Land, sondern auch die ganze übrige Welt überfluten. Täglich und stündlich wiederholen die Propagandisten der chinesischen Reaktion, die Kuomintangregierung sinne im Schlafen und Wachen auf nichts anderes als auf das Wohl des chinesischen Volkes.

„Es gibt kein China ohne die Kuomintang, und Tschiangkaischek ist sein Prophet!“ schreien die Kuomintangbonzen von allen ihren Propagandatürmen in die Welt hinaus. Gleichzeitig schimpfen sie wie die Rohrspatzen auf die chinesische Demokratie und stellen ihre eigenen Führer als unbestechliche Männer hin, die

Sunjatsen, dem „Vater der chinesischen Revolution“, mit Leib und Seele ergeben seien.

Hinter der frommen Maske von tugendhaften Verfechtern der Volksinteressen verbergen sich jedoch selbstsüchtige, gierige Plutokraten, die ganz China zu ihrem Feudalbesitz gemacht haben.

Ein Buch von Professor Tschempota, das Ende v. J. in Jenan veröffentlicht wurde, betitelt „Die letzten Beherrscher des alten Chinas“, stellt die Kuomintangplutokratie an den Pranger. In diesem Buch wird bewiesen, was in allgemeinen Zügen auch vorher schon bekannt war, was aber die Kuomintangführer und ihre Schleppenträger sorgfältig vor der Öffentlichkeit zu verbergen suchen. Die darin angeführten unbestreitbaren Tatsachen bestätigen, daß in China vier Familien von Feudalherren und Kommissionären des

Auslandskapitals am Ruder sind, die in den letzten zwei Jahrzehnten märchenhafte Reichtümer zusammengescharrt haben.

Gemeint sind die Familien Tschiangkaischek, Kunghsianhsi, Sungtsiweng sowie die Brüder Tschenkuofu und Tschenlifu. Unter direkter Kontrolle dieser Familien standen, wie Professor Tschenpota ausführt, 1946 in China und im Ausland Mobilien und Immobilien im Werte von etwa 20 Milliarden USA-Dollar.

Die Entwicklungsgeschichte der Kuomintang für die letzten 20 Jahre erzählt von dem Streben dieser vier Plutokratenfamilien nach Reichtum und Macht. Sie begannen als kleine Geschäftsleute und Spekulanten. Aus jeder beliebigen veröffentlichten Biographie Tschiangkaischeks geht hervor, daß er seinerzeit Börsenmakler in Schanghai war. Fünf Jahre lang — 1918 bis 1923 — trieb an der Schanghai Börse auch Tschenkuofu sein Wesen. Kunghsianhsi stammt, wie Professor Tschenpota mitteilt, aus einer Schanghaier Wechslerfamilie und führte eine Zeitlang die Geschäfte seines Vaters. Auch Sungtsiweng befaßte sich von Jugend auf mit Finanzgeschäften und sonstigen Unternehmungen.

Anfangs waren sie alle nur kleine Fische in den trüben Wassern des Chinas aus der Zeit nach den Mandschus. Hunderttausende solch kleiner Haie gingen nach dem Sturz der Tsingdynastie in den Städten dieses weiten Landes auf Beute aus. Die vier aber wuchsen sich zu Riesenhaien des Feudalbesitzes und der Kompradorengeschäfte aus und konnten die Macht über das große asiatische Reich an sich reißen.

Professor Tschenpota schildert, wie das geschah. Von den genannten Familien sind drei miteinander verschwägert. Tschiangkaischek und Kunghsianhsi haben leibliche Schwestern Sungtsiwengs geheiratet. Die Brüder Tschen aber sind von jeher geschäftliche Teilhaber dieses Verwandtenkreises. Alle diese Geschäftemacher begriffen schon zu Beginn ihrer Karriere, daß unter den damaligen Verhältnissen in China die politische Betätigung eine Quelle des Reichtums und eine Möglichkeit zum Aufstieg bilden könne, nicht minder vorteilhaft, vielleicht sogar noch vorteilhafter, als das Spiel an der Börse.

Für den Anfang machte man sich das Verwandtschaftsverhältnis zu Sunjatsen ausgiebig zunutze. Der große Revolutionär hatte die dritte Schwester Sungtsiwengs, eine ebenso aufrichtige Revolutionärin wie er selbst, zur Frau.

Als Sunjatsen nach dem ersten Weltkrieg in Kanton eine revolutionäre Regierung schuf, schlossen sich die Verwandten seiner Frau seiner Bewegung an — wie sich später herausstellte, einzig und allein zu dem Zweck, um einträg-

liche Posten in der neuen Regierung zu besetzen. Sie verrieten und verkauften sein Werk, die Sache des chinesischen Volkes, und gingen nur auf ihre persönliche Bereicherung, auf ihren eigenen Aufstieg aus.

Sungtsiweng begann seine politische Laufbahn als Direktor des Handelsdepartements und war danach Direktor der Zentralbank. Kunghsianhsi war anfangs Industrieminister und Finanzbevollmächtigter der Provinz Kwangtung. Tschiangkaischek, der die japanische Militärakademie in Tokio absolvierte, schlug die militärische Laufbahn ein und wurde Leiter der Kadettenschule in Wampo. Erst 1927 trat er zu Sungtsiweng und Kunghsianhsi in ein verwandtschaftliches Verhältnis. Tschenkuofu, der Teilhaber Tschiangkaischeks bei seinen Börsengeschäften in Schanghai, bezog in der Kuomintang, nachdem sich die neue Regierung stabilisiert hatte, führende Posten.

Nach Sunjatsens Tod ließ diese Gesellschaft die wichtigsten Posten in der Kuomintangregierung nicht mehr aus den Händen.

Tschiangkaischek rückte allmählich zum Oberkommandierenden aller Kuomintang-Streitkräfte auf. Nachdem er die Armee in der Hand hatte, wurde er ohne besondere Schwierigkeit Regierungsoberhaupt, Führer der Kuomintang und Vorsitzender des Rates der Staatsbanken und sicherte sich noch ein Dutzend andere führende Stellungen.

Kunghsianhsi und Sungtsiweng betätigten sich fast ständig im Finanzwesen, im Handel und in der Industrie. Sie waren entweder Finanzminister, Handelsminister, Industrieminister oder aber Direktoren der Staatsbanken. Auch ihnen war es beschieden, Regierungschefs zu werden.

Die Brüder Tschen trieben anfangs vor allem im Parteiapparat der Kuomintang und in ihren Geheimdienststellen ihr Wesen, in den letzten Jahren aber siedelten sie auf die fetteren Weiden der direkten Handels- und Finanztätigkeit über.

Die Mitglieder der vier Familien besetzten aber nicht nur höchste Staatsämter, sie gründeten zugleich auch eigene Industrie-, Verkehrs- und Landwirtschaftsunternehmen sowie Bankkontore und Handelsfirmen, an deren Ausbau sie energisch arbeiteten. Als sie sich nun die gesamte Machtvollkommenheit verschafft hatten und sich unmittelbar im Finanzwesen und im Handel betätigten, brachten sie allmählich Reichtümer in solchen Mengen an sich, wie sie zu Beginn ihrer Plutokratenkarriere nicht einmal zu träumen gewagt hätten.

Tschenpota enthüllt in seinem Buch einige Hebel, Methoden und Tricks, mit deren Hilfe die vier

Familien einen phantastischen Teil des National-eigentums ihres Landes einzusacken vermochten.

Zu den wichtigsten Hebeln gehören der fast ununterbrochene Bürgerkrieg in China und das Kuomintangregime, das eine öffentliche Kontrolle über die Tätigkeit der an der Macht befindlichen Militaristen und Spekulanten unterbindet. Der Bürgerkrieg gegen die chinesische Demokratie, den die vier Familien und ihre Handlanger nun schon so manches Jahrzehnt führen, liefert ihnen den Anlaß zum Unterhalt einer Armee und eines riesigen Polizeiapparats, zur Ausübung eines Terrorregimes, zur Unterdrückung der Kritik und Opposition, zur Verteilung jeglicher dem Volke nützlicher Maßnahmen.

Der Krieg verschlingt Riesensummen. Sie gehen durch die Hände der vier Familien, und dabei bleibt jahraus, jahrein ein großer Teil an ihren gierigen Fingern hängen und gelangt in ihre unersättlichen Säcke. Der Bürgerkrieg erleichtert die Aufrechterhaltung der Militärdiktatur, unter deren Deckmantel die vier Familien und ihre Helfershelfer unkontrolliert mit dem National-eigentum schalten und walten können.

Ein anderer wichtiger Hebel, den die vier Familien zum Zwecke ihrer Bereicherung ansetzen, sind Funktionen, die sie als Kommissionäre der Imperialisten in China ausüben. Ungeheure Reichtümer — Auslandsanleihen des Staates, Lend-Lease-Lieferungen, Heeresgut, das die ausländischen Imperialisten speziell für den Bürgerkrieg zur Verfügung stellen, die Import- und Exportoperationen von Privatfirmen —, alles geht durch die langen Finger der vier Familien.

Die Finanzoligarchie Chinas bereichert sich vielfach auch durch direkte Aneignung des Nationaleigentums sowie durch Plünderung der Massen mit Hilfe von Steuern und anderen Maßnahmen. So haben die vier Familien nach der Kapitulation Japans die Kontrolle über ehemals japanische Betriebe, Banken, ungeheure Mengen in Speichern eingelagerter Güter, Liegenschaften und anderes Beutegut übernommen. Dieses Beutegut aber wurde in China seinerzeit auf vier Trillionen chinesische Dollar geschätzt.

Inflationen und regelmäßige Senkungen des Kurses der chinesischen Währung werden ebenfalls von der engen Plutokratenclique zu Spekulationszwecken und zur Mehrung ihrer Reichtümer ausgenutzt.

Tschenpota führt Beispiele solcher Spekulationen an. Im Jahre 1936 bereitete die Regierung eine Konversion der inneren Anleihen vor. Die Familie Kunghsianhsi ließ durch ihre Agenten das Gerücht ausstreuen, nach der Konversion solle die Verzinsung der Anleihen eingestellt werden. Die Anleihepapiere sanken jäh im Kurs.

Kung kaufte sie mit den Geldern der Zentralbank auf und profitierte dabei 13 Millionen Dollar.

Kung war 1939 Minister und wußte, daß die Kommission zur Stabilisierung der Währung bald die Einstellung der Stützung des chinesischen Dollars bekanntgeben werde. Er kaufte durch seine Frau noch rechtzeitig Pfund Sterling und machte dabei wiederum einen großen Schnitt.

Im Frühjahr v. J. machte Tschenlifu sich seine Stellung im Regierungsapparat zunutze, um 1 190 000 USA-Dollar zu je 20 China-Dollar zu kaufen. Der Marktkurs für den USA-Dollar betrug damals über 4000—5000 China-Dollar.

Der Verfasser des Buches „Die letzten Beherrscher des alten Chinas“ bringt eine lange Liste von Privatbanken, großen Handelshäusern, Industrieunternehmungen und allen möglichen andern Firmen, die Kunghsianhsi und Sungtsiweng gehören bzw. von ihnen kontrolliert werden. Er nennt auch zahlreiche Staatsmonopole und staatliche Betriebe, über die die vier Familien verfügten oder noch heute verfügen. Die Privatunternehmungen der Kuomintangobermänner erhalten bei den Staatsbanken billige Kredite, ihnen werden umfangreiche Subsidien, einträgliche Staatsaufträge, Vorzugstarife im Verkehrswesen und billiger Heizstoff zugeschanzt.

Die privatkapitalistische Tätigkeit der Familie Tschiangkaischeks wird strenger geheimgehalten als die entsprechende Tätigkeit seiner Kumpane, da Tschiangkaischek ja schließlich der „oberste Führer“ des Kuomintangstaates ist.

Das Buch des chinesischen Professors zeigt an dem Beispiel Chinas, wie eng heutzutage die Interessen der Finanzoligarchie mit dem Staatsapparat und den Staatsmonopolen verflochten und verwachsen sind. Der Staat mit seiner Armee, seiner Polizei und seinem ganzen Verwaltungsapparat ist von der engen Monopolclique zu einem Werkzeug ihrer Macht und ihres Profits gemacht worden. Sie hat Presse und Rundfunk, die Filmproduktion und das Verlagswesen monopolisiert.

Natürlich spielen die chinesischen Finanzoligarchen und die halbfeudalen Militaristen im Vergleich zum amerikanischen Monopolkapital in ihrem halbkolonialen Lande nur eine untergeordnete Rolle. Die Familien der Feudalherren und Kompradoren, die sich hauptsächlich am Kriege, an Spekulationen und an Kommissionsgeschäften im Dienst des Auslandskapitals bereichern, sind wenig auf die Entwicklung der Industrie Chinas bedacht. Sie helfen vielmehr dem USA-Kapital, die chinesische Industrie zugrunde zu richten und in der Volkswirtschaft des Landes die Schlüsselstellungen zu beziehen.

Das chinesische Volk ist sich jetzt zum großen Teil darüber im klaren, wo die Kuomintangführer wirklich hinauswollen. In letzter Zeit waren Kunghsianhsi und Sungtsiweng unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen, einige wichtige Regierungsposten aufzugeben, was sie jedoch keineswegs daran hindert, ihre Operationen fortzusetzen. Die Brüder Tschen aber haben sogar neue, recht einträgliche Posten ergattert. Sie triumphieren und sind nicht einmal abgeneigt, bei Gelegenheit Kunghsianhsi und Sungtsiweng scheinheilig der Korruption und der Gier zu beschuldigen.

Die vier Familien und ihr Gefolge sind geschworene Feinde der Demokratisierung Chinas. Tschiangkaischek führt einen blutigen Krieg gegen das Volk und unterdrückt durch unbarmherzigen Terror jede Opposition. Die Kuomintangoberschicht verschachert die nationale Unabhängigkeit Chinas, um nur ja ihrer Reichtümer und ihrer Positionen nicht verlustig zu gehen. Da sie mit gutem Grund an einem Sieg in diesem Kriege und an der Möglichkeit zweifelt, daß es ihr gelingen könnte, die demokratischen Kräfte zu erwürgen, hat die Kuomintangplutokratie bereits einen großen Teil ihrer Kapitalien ins Ausland, hauptsächlich in die USA, verschoben.

Tschenpota bringt diesbezügliche Ziffern, die von Savage, einem Mitglied des Repräsentantenhauses der USA, bekanntgegeben wurden. Während des Krieges gegen Japan sind die Bankguthaben der höchsten Staatsbeamten der Kuomintang in den USA von 1 Milliarde auf 2 Milliarden USA-Dollar gestiegen.

Die chinesische Oligarchie besitzt außerdem Bankkonten und andere Guthaben in England, in der Schweiz, in Brasilien und anderen Ländern. Tschenpota schreibt:

„Zahlreiche Maßnahmen werden von den vier großen Familien getroffen, um ihre Reichtümer geheimzuhalten, die sie auf verschiedene Decknamen ... oder auf die Namen ihrer Verwandten, Freunde und vertrauenswürdigen Untergebenen registrieren.“

Die beispiellose Verschwendung, die lukullischen Schlemmereien und der Luxus, mit dem sich die Mitglieder dieser Familien umgeben, zeugen ebenfalls dafür, welch ungeheure Reichtümer sie sich angeeignet haben. „Die Verschwendungssucht der Madame Tschiangkaischek ist weltbekannt“, schreibt Tschenpota. Er zitiert außerdem einen Artikel aus der Zeitung „Takungpao“, dessen Verfasser im Zusammenhang mit der Hochzeit der Tochter Kunghsianhsis errechnet, daß die Zeit, die das Arbeiterinnenkorps des Finanzministeriums für die Anfertigung der Brautaussteuer

verwandt hat, ausgereicht hätte, um zwei Divisionen Soldaten der gegen die Japaner kämpfenden Armeen einzukleiden. Professor Tschenpota fährt fort:

„Die 19jährige Herrschaft der vier großen Familien hat China größte Erniedrigung und viel Elend gebracht. Das historische Werk der vier großen Familien ist Kummer und Leid, wie sie das chinesische Volk schrecklicher nie vorher erduldet hat... Wie ein chinesisches Sprichwort sagt, werden sie als niederträchtige Schurken gebrandmarkt werden, und tugendhafte Nachkommen werden ihre Schmach in Jahrhunderten nicht abwaschen können.“

Die unglaubliche Korruption und der ungeheure Raub als Begleiterscheinungen der politischen und staatlichen Tätigkeit dieser ehemaligen Börsenmakler und Wucherer, die die Herrschaft über das Riesenland an sich gerissen haben, fallen selbst den überseischen Gönnern der chinesischen Reaktionäre ins Auge. Marshall und Wedemeyer reden den Kuomintangführern gut zu, doch irgendwelche Maßnahmen gegen die Korruption zu ergreifen, da sie Formen und Ausmaße angenommen habe, die das reaktionäre Regime in seinen Grundfesten erschüttern.

Der bekannte amerikanische Publizist Nathaniel Peffer gab der regierenden Clique Chinas eine äußerst treffende Charakteristik. In einem Artikel, der im Juli d. J. in „Harper's Magazine“ erschien, schreibt er, die Kuomintang sei keine politische Partei, sondern eine Aktiengesellschaft, die das Land regiere. Und weiter:

„Einige von denen, die über sein (Chinas) Geschick bestimmen, hätten nichts dagegen, es ruiniert zu sehen, wenn sie nur finanziell profitieren. Eine Anzahl von diesen sähe lieber den Ruin des Landes mit an, als mit ändern das Recht auf seine Lenkung zu teilen...“

Peffer's Urteil ist um so interessanter, als er selbst in seinen Äußerungen zu chinesischen Fragen stets für die Interessen der USA-Monopole eintritt. Jetzt widerlegt er die verbreitete Legende, der zufolge Tschiangkaischek „ein Opfer seiner Umgebung“ ist. Tschiangkaischek wisse sehr wohl, daß die C-C-Clique* korrupt ist. Er wisse sehr wohl, daß der Militaristenklüngel das Land kahl frißt, Tschiangkaischek könnte „die Brüder, wenn er nur wollte, in 24 Stunden erledigen“, und könnte ohne Schwierigkeit mit dem Militaristenklüngel aufräumen, er stütze sich jedoch auf sie und biete ihnen im eigenen Interesse Rückhalt.

Die parasitäre Militaristenclique, die das chinesische Volk unsäglich unterdrückt, um ihre

* So heißt in China die Clique der Brüder Tschen (englisch Chen).

eigene Geldgier zu befriedigen, verrät das Land an den USA-Imperialismus. Manche Persönlichkeiten der chinesischen Öffentlichkeit stellen fest, China gehe, obwohl es von Japan nicht besiegt wurde, jetzt an der Gier der Kuomintangführer und der ökonomischen und politischen Aggression der USA zugrunde.

Sie unterschätzen die unerschöpfliche Kraft und unerschütterliche Energie des zu neuem Leben erwachten chinesischen Volkes. Solchen

Kleingläubigen antwortet Professor Tschenpota am Schluß seines Buches mit folgenden Worten:

„Diese Macht der vier großen Familien ist sowohl politisch als auch ökonomisch völlig verrotten. Sie ist vom Volke gänzlich isoliert... Sie wird dem gigantischen, jungen und kraftvollen Volke Chinas nicht standhalten können, wieviel ihr auch ausländische Reaktionäre helfen mögen. Der Sieg des chinesischen Volkes ist sicher und unausbleiblich.“

Alle wahren Freunde des chinesischen Volkes glauben fest daran, daß ihm eine ruhmreiche Zukunft winkt.

21. November

Große Rede A. J. Wyschinskis in der Vollsitzung der UNO-Generalversammlung über das Prinzip der Einstimmigkeit.

Das ungarische Parlament nimmt einstimmig ein Gesetz über die Nationalisierung der Großbanken an.

22. November

In London wird die der deutschen Frage gewidmete Beratung der Sonderbeauftragten der Außenminister der Sowjetunion, der USA, Englands und Frankreichs geschlossen. Die Sonderbeauftragten kamen in keiner der zur Erörterung stehenden Fragen zu vereinbarten Entscheidungen, auch nicht in der Frage der Tagesordnung der fünften Sitzungsperiode des Außenministeriums.

Unter dem Druck der anwachsenden Protestbewegung der Volksmassen gegen faschistische Provokationen erörtert und beschließt die Verfassunggebende Versammlung Italiens eilig ein Gesetz über „Repressalien gegen faschistische Betätigung und gewaltsame Wiederherstellung der Monarchie“.

In einem Kommuniqué des Stabes der chinesischen Volksbefreiungsarmee über die Ergebnisse der militärischen Operationen im Oktober wird mitgeteilt, daß in dieser Periode die Truppen der Volksbefreiungsarmee 106 Kreisstädte befreiten. Die Gesamtverluste der Kuomintangtruppen betragen 170 000 Mann. Gefangen genommen wurden 21 Generale. Die Beute an Kriegsmaterial ist gewaltig.

In Berlin findet der erste Bauernkongreß der sowjetischen Besatzungszone statt. Der Kongreß gründet die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

November 1947

23. November

Das Exekutivbüro der Weltföderation der Gewerkschaften lehnt mit erdrückender Mehrheit den Antrag des amerikanischen Delegierten B. Cary ab, die Frage der „amerikanischen Hilfe“ in seine Tagesordnung aufzunehmen.

Der Landarbeiterstreik in den italienischen Provinzen Apulien und Basilicata wird abgebrochen, nachdem die Gutsbesitzer die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben.

Der Stab der chinesischen Volksbefreiungsarmee teilt mit, daß die Verluste der Kuomintangtruppen in den letzten vier Monaten an die 452 600 Soldaten und Offiziere betragen haben; 56 Kuomintanggenerale wurden gefangen genommen.

In Mailand findet der erste gesamtitalienische Kongreß von Vertretern der Arbeiterverwaltungsräte und der betrieblichen „Innenkomitees“ statt.

24. November

Der in London weilende Außenminister der Sowjetunion, W. M. Molotow, stattet dem britischen Außenminister Ernest Bevin einen Besuch ab.

Das Militärgericht der Schwarzmeerflotte fällt das Urteil in Sachen der Freveltaten der deutschen faschistischen Eindringlinge in der Krim und im Kubangebiet. Acht Angeklagte wurden zu je 25 Jahren, 4 zu je 20 Jahren Arbeits- und Besserungslager verurteilt.

Robert Schuman bildet die neue französische Regierung, in die außer der Partei Volksrepublikanische Bewegung auch Sozialisten und de-Gaulle-Anhänger eintreten.

Vor dem Nationalgerichtshof in Bratislava beginnt der Prozeß gegen eine Anzahl Kriegsverbrecher und Verräter am slowakischen Volk. Hauptangeklagter ist General Ferdinand Catoš, der frühere Verteidigungsminister der Slowakei.

Zdeněk Fierlinger, stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakei und früherer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, sowie Bohumil Lauschmann, der neugewählte Vorsitzende dieser Partei und Minister für Industrie, treten aus der tschechoslowakischen Regierung aus.

25. November

In London wird die fünfte Tagung des Rates der Außenminister der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs eröffnet.

In Tschernigow endet der Prozeß gegen die deutschen und ungarischen faschistischen Okkupanten, die in der Ukraine und in Bjelorußland gehaust haben. Sechzehn Verbrecher werden zu je 25 Jahren Haft in Besserungs- und Arbeitslagern verurteilt.

In Sofia trifft eine von Marschall Tito geführte jugoslawische Regierungsdelegation ein.

In Bukarest wird ein rumänisch-ungarisches Kulturabkommen unterzeichnet.

Die französische Polizei nimmt provokatorische Verhaftungen vor unter führenden Vertretern des „Verbandes der Sowjetbürger“, der hauptsächlich frühere russische Emigranten vereinigt, denen jetzt die sowjetische Staatsbürgerschaft verliehen worden ist. Die UdSSR-Rot-schaft in Frankreich hat dem

französischen Außenminister eine Protestnote überreicht.

Ein Ausnahmegericht in Kavalla (Griechenland) verhängt über 12 Inhaftierte, die beschuldigt werden, die Kommunistische Partei materiell unterstützt zu haben, das Todesurteil. Unter den Verurteilten befinden sich drei Frauen.

Aus Kairo wird gemeldet, daß Großbritannien und die USA zu einem Abkommen über ein „Projekt der Verteidigung des Nahen Ostens“ gelangt sind. Beabsichtigt ist die Schaffung neuer militärischer Stützpunkte im östlichen Teil des Mittelmeerbeckens.

26. November

Der Außenministerrat in London bestätigt folgende Tagesordnung der jetzigen Sitzungsperiode: Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages; wirtschaftliche Prinzipien, das Niveau der deutschen Nachkriegsproduktion und der Reparationsplan; Form und Umfang der provisorischen politischen Organisation Deutschlands; die Durchführung der von der Moskauer Tagung des Außenministerrats gefaßten Beschlüsse über Fragen der Demilitarisierung; der amerikanische Entwurf eines Vertrages über die Demilitarisierung Deutschlands und die sowjetischen Abänderungsanträge. Die Frage des österreichischen Vertrags steht in der Tagesordnung an erster Stelle, wird jedoch sofort den Sonderbeauftragten der Minister zur Erörterung überwiesen.

Der Führer der Sowjetdelegation, W. M. Molotow, hält vor dem Außenministerrat eine Rede über den Friedensvertrag mit Deutschland.

A. J. Wyschinski, der Führer der Sowjetdelegation auf der Generalversammlung der UNO, reist aus den USA nach London ab.

In Frankreich streiken 2 Millionen Arbeiter und Angestellte. Der Regierungschef Schuman fordert die Streikenden auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, und verspricht ihnen einen zeitweiligen Lohnzuschlag.

Die Gewerkschaften lehnen diesen Vorschlag ab.

In Agrigento (Sizilien) schießt die Polizei auf eine Demonstrantenmenge. Es werden 4 Personen getötet, darunter ein Knabe von 14 Jahren. Zum Protest gegen das Blutbad treten 10 000 sizilianische Grubenarbeiter in den Streik. Die Protestdemonstrationen gegen die faschistischen Provokationen in der Provinz Mantua, in Rom, in Venedig, in Genua und in Udine dauern an.

In Berlin hält der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine außerordentliche Vollversammlung ab, die die demokratischen Organisationen des Landes auffordert, einen „Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ einzuberufen.

In Stockholm wird eine große illegale Faschistenorganisation aufgehoben, die sich damit befaßt, Kriegsverbrecher aus Deutschland, Dänemark, Norwegen und anderen Ländern nach Südamerika zu bringen.

27. November

Der Außenministerrat beginnt mit der Behandlung des Tagesordnungspunkts über die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages, die Grenzen und das einzuhaltende Verfahren. W. M. Molotow bringt die diesbezüglichen Anträge der Sowjetdelegation ein.

In der Sowjetpresse wird eine Mitteilung der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Untaten der deutschen faschistischen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer veröffentlicht über die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener in Lagern auf dem Territorium Polens.

Die Sowjetregierung macht in Beantwortung der chinesischen Note vom 17. November den Vorschlag, im Januar 1948 in China eine besondere Tagung des Außenministerrats abzuhalten, auf der China, die USA, die Sowjetunion und Großbritannien vertreten sein sollen, um die Vorbereitung der Friedensregelung für Japan zu behandeln.

In London treten die Sonderbeauftragten der Außenminister für den

österreichischen Vertrag zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

In Euxinograd (Bulgarien) unterzeichnen Bulgarien und Jugoslawien einen auf 20 Jahre befristeten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand.

28. November

In Moskau trifft eine belgisch-luxemburgische Handelsdelegation ein.

29. November

Der Außenministerrat erörtert das bei der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland zu beobachtende Verfahren.

Die UNO-Generalversammlung beschließt in ihrer Vollversammlung einen Plan für die Aufteilung Palästinas. Die Sowjetunion und die USA stimmen für den Plan, England enthält sich der Stimme.

In Jugoslawien wird der zweite Jahrestag der Gründung der Föderativen Volksrepublik festlich begangen. Die Feier des Tages der Republik wird zu einer Demonstration der Arbeitssiege des jugoslawischen Volkes.

In Albanien wird der dritte Jahrestag der Befreiung des Landes und der Errichtung der Volksstaatsgewalt festlich begangen.

Die französische Regierung bringt in der Nationalversammlung drei antidemokratische Gesetzesvorlagen ein, die die Streikbewegung und die streikenden Arbeiter außerhalb des Gesetzes stellen wollen.

30. November

In New York wird die zweite Tagung der UNO-Generalversammlung, die am 16. September eröffnet wurde, geschlossen.

Die französische Regierung beschließt, die „Humanité“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, nicht mehr mit Papier zu beliefern. Am Vortage hatte die Polizei einen Überfall auf die Druckerei unternommen, in der die Zeitungen „Ce Soir“ und „L'Humanité“ hergestellt werden, eine Haussuchung veranstaltet und die Matrien von Sonderausgaben beider Zeitungen beschlagnahmt.

VERLAGSANGEIEN

STAATSVERLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

Neuerscheinungen:

KLASSISCHE RUSSISCHE LITERATUR

- N. W. GOGOL — *Mirgorod*. 288 S., Rbl. 3,—
 I. A. GONTSCCHAROW — *Der Absturz*. Roman in fünf Teilen. 648 S., Rbl. 14,—
 M. J. LERMONTOW — *Ausgewählte Werke*. 332 S., Rbl. 17,—
 N. A. NEKRASSOW — *Ausgewählte Werke*. Einleitung von A. M. Jegolin. 338 S., Rbl. 18,—
 A. S. PUSCHKIN — *Märchen*. (In der Serie „Massenbibliothek“.) 72 S., Rbl. 1,—
 I. S. TURGENJEW — *Ausgewählte Novellen und Erzählungen*. 444 S., Rbl. 7,50
 D. I. FONWISIN — *Ausgewählte Werke und Briefe*. Textbearbeitung und Kommentare von L. B. Swetlow. Herausgegeben von N. L. Brodski. 300 S., Rbl. 6,—
 A. P. TSCHETCHOW — *Ausgewählte Werke*. Mit Illustrationen der Kukryniksi. 462 S., Rbl. 16,—

SOWJETRUSSISCHE LITERATUR

- L. RAKOWSKI — *Generalissimus Suworow*. Mit Holzschnitten von G. D. Jepitanow. 580 S., Rbl. 10,—
 Historischer Roman.
 A. SERAFIMOWITSCH — *Gesammelte Werke*. Herausgegeben und kommentiert von G. Neradow. Band II: 448 S., Rbl. 10,—; Band III: 408 S., Rbl. 10,—
 A. FADEJEW — *Die junge Garde*. Roman. 460 S., Rbl. 11,—
 W. J. SCHISCHKOW — *Ausgewählte Werke*. Band III: „Der Ugrjum-Fluß“. Roman. 860 S., Rbl. 18,—
 M. SCHOLOCHOW — *Neuland unterm Pflug*. 1. Buch. 330 S., Rbl. 6,—

AUSLÄNDISCHE LITERATUR

- GUY DE MAUPASSANT — *Sämtliche Werke*. Herausgegeben von J. Danilin und P. Lebedjew Poljanski. Band X. Im Lande der Sonne. Auf dem Wasser. Ein Wanderleben. 384 S., Rbl. 10,—

STAATSVERLAG FÜR GEOGRAPHISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

- Akademienmitglied L. S. BERG — *Die geographischen Zonen der Sowjetunion*. 3. Auflage. 398 S., Rbl. 28,—
 Akademienmitglied L. S. BERG — *Klima und Leben*. 2., umgearbeitete und ergänzte Auflage. 356 S., Rbl. 27,—
 GEOGRAPHISCHE PROBLEME. Dritter Band. 220 S., Rbl. 11,50

Inhalt: N. I. Michailow — Geomorphologische Beobachtungen im westlichen Teil der Putoranberge. A. R. Buratschek — Das Palomahochland während der ersten Eiszeit. L. S. Berg — Der Ursprung der in Kriwoj Rog vorkommenden Eisenerze. I. S. Schtschukin — Einige Gedanken über Wesen und Methode der komplexen physikalisch-geographischen Rayonierung von Territorien. F. I. Milkow — Phänomene der vertikalen Differenzierung von Landschaften der russischen Ebene. E. M. Mursajew — Der Karanur. G. I. Gorezki — Über eine Methode der paläographischen Rekonstruktion einiger Elemente überschwemmter Landschaften. K. K. Markow — Über die Denudation der Bergoberfläche und ihren Ursprung. W. A. Dubjanski — Die Forschungen der Geographischen Gesellschaft über den Flugsand. G. U. Lindberg — Der heutige

Stand der Forschungen über den Ursprung der Bodenformationen unter Wasser. S. D. Murawewski — Kolloide und disperse Mineralien des Seeschlammes. W. P. Senkowitsch — Die Verwendung von Flugzeugen zum Studium der Morphologie von Meeresküsten. W. P. Senkowitsch — Eine Studie über die Dynamik der westlichen Krimküste. K. K. Markow — Zum dreißigjährigen Bestehen der Hochschule für Geographie in unserm Lande (1916—1946). *Bibliographie*.

- W. T. SAITSCHIKOW — *Korea*. 228 S., Rbl. 9,—
 Geographischer Abriß.
 E. M. MURSAJEW — *Mittelasien*. (In der Serie „Unsere Heimat“.) Herausgegeben von Akademienmitglied A. A. Grigorjew. 136 S., Rbl. 5,—
 Physikalisch-geographischer Abriß.
 A. A. RODE — *Der Prozeß der Bodenbildung und die Evolution der Bodenarten*. 142 S., Rbl. 6,—
 J. G. SAUSCHKIN — *Geographische Abhandlungen über die Natur und die landwirtschaftliche Betätigung der Bevölkerung in den verschiedenen Bezirken der Sowjetunion*. 424 S., Rbl. 21,50
 S. P. SUSLOW — *Westibirien*. Physikalisch-geographische Beschreibung. (In der Serie „Die Natur der UdSSR“.) 176 S., Rbl. 7,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

IN

RUSSISCHER,

ENGLISCHER,

FRANZÖSISCHER

UND

DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.